

HSFK-Report Nr. 8/2009

Zwischen Zumutung und Versprechen: Die Demo- kratie in Makedonien

Thorsten Gromes

Ich danke der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Förderung meines Projekts „Ohne Staat und Nation ist keine Demokratie zu machen. Die Demokratisierung von Nachbürgerkriegsgesellschaften“.

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse:

HSFK · Baseler Straße 27-31 · 60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49(0)69 95 91 04-0 · Fax: +49(0)69 55 84 81

E-Mail: gromes@hsfk.de · Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-937829-88-3

Euro 6,-

Zusammenfassung

Demokratie verspricht innerstaatlichen Frieden, weshalb Nachbürgerkriegsgesellschaften oft Demokratisierung verordnet bekommen. Doch gerade in ethnisch gespaltenen Gesellschaften kommt das Aufbauen demokratischer Institutionen, in denen alle früheren Kriegsparteien agieren, einer Zumutung gleich. Denn in vielen Fällen lehnt es zumindest eine Seite ab, mit der anderen ein Staatsvolk zu bilden und im selben Gemeinwesen zu leben. Allerdings kann der Auf- oder Umbau demokratischer Institutionen nicht gelingen, solange eine Konfliktpartei den Staat, dessen Grenzen oder innere Strukturen nicht akzeptiert. Zugleich verhindert ein Fehlen gemeinsamer demokratischer Institutionen, dass alle Konfliktparteien den Staat als ihren anerkennen. Vor dieser Problematik erörtert der vorliegende Report, ob die Demokratisierung in Makedonien nach den Kämpfen 2001 voranschreiten und das Friedensversprechen der Demokratie einlösen konnte.

2001 griff die albanische Nationale Befreiungsarmee (UÇK) die Sicherheitskräfte Makedoniens an. Zunächst propagierte sie auch sezeptionistische Ziele, beschränkte sich später aber auf Forderungen, die Albaner in Makedonien besser zu stellen. Die Kämpfe endeten mit dem Ohrid-Abkommen zwischen den größten makedonischen und albanischen Parteien. Der Friedensschluss verlangte die Auflösung der UÇK und versprach im Gegenzug eine umfassende Reform der staatlichen Institutionen.

Makedonien bot eine vergleichsweise gute Ausgangslage für eine Demokratisierung, denn selbst während der Kämpfe hatten Institutionen bestanden, in denen sich makedonische und albanische Parteien die Regierungsmacht teilten. Daher erforderte die weitere Demokratisierung nur einen Umbau, nicht aber einen vollständigen Neuaufbau gemeinsamer Institutionen. Die große Mehrheit der Albaner akzeptierte die Republik Makedonien, nicht aber deren alte Strukturen. Allerdings vermieden es albanische Politiker, Makedonien ihre Loyalität zu bekunden. Die Mehrheit der makedonischen Bürger wollte Makedonien als ihren Nationalstaat sehen und lehnte die vom Ohrid-Abkommen vorgesehenen Reformen ab. Aus diesem Grund erschien es fraglich, ob die Gleichung „Frieden für mehr Rechte“ aufgehen würde.

Nach 2001 gelang es aber, große Teile der vom Friedensschluss vorgesehenen Umbauarbeiten an den staatlichen Institutionen voranzubringen. Zudem löste sich die UÇK auf, und ihre politische Führung gründete eine neue albanische Partei, die 2002 in die Regierung Makedoniens einzog, welche sie anderthalb Jahre zuvor noch bekriegt hatte. Es kam zu Fortschritten der Demokratisierung, obwohl die Makedonier die Neu-Definition der Republik und institutionellen Reformen zurückwiesen. Die Aussicht auf Beitritt zur Europäischen Union neutralisierte die mangelnde Akzeptanz der angestrebten institutionellen Ordnung. Eine sehr große Mehrheit der Bürger Makedoniens wünschte die Integration, was die Europäische Union dazu nutzte, die Umsetzung des Ohrid-Abkommens zu verlangen. Ohne diese Implementierung sollte es keine weitere Annäherung geben. Als die Vorgaben des Friedensschlusses realisiert wurden, zeigten die albanischen Bürger und Politiker ein größeres Bekenntnis zur Republik Makedonien. Dennoch meiden sie weiterhin die Staatsfahne, während sie einen Kult um albanische Symbole betreiben. Die zunehmenden Loyalitätsbekundungen der Albaner und die Einsicht, dass

sich Befürchtungen einer Abwertung der Makedonier als unbegründet erwiesen, ließen die Zahl der Abkommensgegner aber schrumpfen. In den letzten Jahren lehnten nur marginale Organisationen oder Politiker das Ohrid-Abkommen oder den gemeinsamen Staat konsequent ab.

Trotz einiger Fortschritte wies Makedonien auch 2009 in mancher Hinsicht einen Mangel an Demokratie auf. Gewaltsame Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten überschatteten die letzten Parlamentswahlen. Die regierenden Parteien strebten danach, sämtliche Positionen in öffentlichen Institutionen mit ihren Anhängern zu besetzen. Die Unabhängigkeit der Richter blieb prekär. Ein weiteres Problem bestand in den vielen Boykotten von Parlamentssitzungen. Ein Großteil dieser Defizite ging aber nicht auf eine unzureichende Akzeptanz der gemeinsamen Demokratie oder auf den inter-ethnischen Konflikt zurück, sondern auf das Erbe langer autoritärer Herrschaft und auf fehlende demokratische Einstellungen der politischen Eliten.

Das größte Destabilisierungspotenzial ging 2009 vom Namensstreit Makedoniens mit Griechenland aus, der die euro-atlantische Integration zu blockieren drohte. Politiker wie Experten sahen den Grundkonsens gefährdet, der die Republik zusammenhalte. Bleibt der Beitritt zur Europäischen Union versperrt, könnten die Hinnahme des Ohrid-Abkommens und die Akzeptanz einer gemeinsamen Demokratie schwinden.

Der Report empfiehlt der internationalen Präsenz in Makedonien, bei allen Bemühungen, zwischen den Ethnien und politischen Parteien zu vermitteln, nicht die Regeln der Demokratie zu hintergehen. Im Namensstreit Makedoniens mit Griechenland sind beide Seiten zur Mäßigung aufzurufen, damit die Erfolgsgeschichte des makedonischen Friedensprozesses nicht doch noch ein böses Ende nimmt. Trotz des bisherigen relativen Erfolgs taugt Makedonien kaum als Modell für die Demokratisierung anderer Nachbürgerkriegsgesellschaften, denn die Bedingungen dieses Erfolgs liegen in den meisten anderen Fällen nicht vor.

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Der bewaffnete Konflikt in Makedonien	4
3.	Kriterien demokratischer Institutionen und der Nationsbildung	7
4.	Die Ausgangslage nach dem Friedensabkommen	8
4.1	Die gemeinsamen demokratischen Institutionen	9
4.2	Der Stand der Nationsbildung	10
5.	2002-2006: Demokratie unter „Guns 'n' Roses“	11
5.1	Der Umbau der Institutionen	12
5.2	Wachsende Loyalität zum Staat, größere Akzeptanz der Reformen	15
6.	2006-2009: Wiedergeburt der VMRO-DPMNE, Überleben des Rahmenabkommens	17
6.1	Demokratie mit Abstrichen	17
6.2	„Macedonia is our state“	21
7.	Ein Blick zurück, voraus und über Makedonien hinaus	23
7.1	Der Blick zurück: Bilanz der Demokratisierung	23
7.2	Der Blick voraus: Potenziale der Destabilisierung	25
7.3	Der erweiterte Blick: Makedonien als Modell?	27
8.	Literatur	30
8.1	Dokumente	30
8.2	Sekundärliteratur	32
9.	Interviews	36
	Abkürzungen	38

1. Einleitung¹

„Zumutungen und Versprechen“ lautet der Untertitel einer Thesensammlung zur Demokratie (Möllers 2008). Eines der zentralen Versprechen der Demokratie besteht darin, den internationalen wie innerstaatlichen Frieden zu wahren. Diesem Versprechen vertraut die internationale Politik so sehr, dass sie Demokratieförderung oft zur Friedensstrategie erhebt. Daher zählt seit Ende des Ost-West-Konflikts Demokratisierung zu den Standardvorgaben von Abkommen, die innerstaatliche Kriege beenden sollen (Paris 2004: 5). Dieser Report erörtert, in welchem Maße die Demokratisierung ihr Friedensversprechen einzulösen vermag. Dabei geht es nicht um ihre Schattenseiten, die den inner- wie zwischenstaatlichen Frieden gefährden können (Gromes 2007: 70-94; Jarstad/Sisk 2008; Mann 2005; Müller/Geis/Wagner 2007). Vielmehr steht zur Frage, ob das Vorhaben der Demokratisierung gelingen und eine Demokratie hervorbringen kann. Das Interesse liegt dabei auf der Demokratisierung von ethnisch gespaltenen Gesellschaften, die in ihrer jüngsten Vergangenheit einen bewaffneten Konflikt durchlebt haben.²

Dass es in Makedonien 2001 einen solchen Konflikt gab, ist nicht überraschend und doch verwunderlich. Ein bewaffneter Konflikt in Makedonien muss an die beiden Balkankriege zu Beginn des letzten Jahrhunderts erinnern, die sich um die „Makedonische Frage“ drehten. Jedoch gelang es Ende desselben Jahrhunderts bis dahin nur der Republik Makedonien, sich friedlich vom auseinanderfallenden Jugoslawien zu trennen. Nun präsentierte sich Makedonien mehr als Modell denn als Pulverfass, und das gleich in doppelter Hinsicht: Dass makedonische Parteien stets mit einer albanischen Partei die Regierung bildeten, wies einen Weg zum friedlichen Ausgleich in ethnisch gespaltenen Gesellschaften. Zudem rühmten sich die Vereinten Nationen dafür, mit einer Blauhelmtuppe Makedonien aus dem Sog der jugoslawischen Auflösungskriege herausgehalten zu haben. Als jedoch Anfang 2001 die albanische Nationale Befreiungsarmee (UÇK) die Sicherheitskräfte Makedoniens angriff, drohte dem Land der Abstieg „von der Erfolgsgeschichte zum Trümmerhaufen“ (Hatschikjan 2001). Das Ohrid-Abkommen konnte im August 2001 den bewaffneten Konflikt beenden. Demokratisierung galt auch hier als probates Mittel dafür, den Frieden zu festigen. Würde es ihr gelingen, Makedonien wieder in die Erfolgsspur zu bringen?

Gibt es überhaupt notwendige Bedingungen der erfolgreichen Demokratisierung, sieht sie die Demokratieforschung zum einen im Bestehen eines Staates – „no state, no democracy“ (Munck 2004: 72). Demokratie braucht einen Staat, um politische Entscheidungen

1 Ich danke Tome Sandevski, Aleksandra Stojkovski und Merle Vetterlein, die mir Tipps für die Feldforschung in Makedonien gaben. In Skopje halfen mir Henri Bohnet von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nena Trajkovska von der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie die Politologen Židas Daskalovski und Dane Taleski sehr weiter. Mein Dank gilt allen Interviewpartnern. Für konstruktive Kritik danke ich Claudia Baumgart-Ochse, Cemal Karakaş, Bernhard Moltmann, Tome Sandevski, Hajo Schmidt und Bruno Schoch.

2 Aus diesem Projekt liegt ebenfalls als HSFK-Report (Gromes 2008) eine Fallstudie zu Bosnien und Herzegowina vor.

umzusetzen (Tilly 2007: 11). Zum anderen gilt eine fortgeschrittene Nationsbildung als Bedingung einer gelingenden Demokratisierung (Berg-Schlosser 2004: 14). Demokratie funktioniert nur, wenn alle wesentlichen Gruppen die Grenzen des politischen Gemeinwesens und die Definition des Staatsvolks akzeptieren.³ Dankwart Rustow (1970: 351-353) hielt es für die einzige „Hintergrundbedingung“ der Demokratie, dass die große Mehrheit der Bevölkerung weiß, zu welchem politischen Gemeinwesen sie gehört, und dass sie dieses Gemeinwesen nicht ablehnt.

In Gesellschaften nach einem Bürgerkrieg zwischen ethnisch definierten Parteien, dem ein Friedensschluss ein Ende setzte, gibt es zwar oft noch staatliche Institutionen. Zumindest einer Seite aber erscheinen diese nicht als gemeinsame Strukturen, und zumindest eine Konfliktpartei agiert vor allem außerhalb dieser Institutionen. Die Demokratisierung erfordert daher, staatliche Strukturen bereitzustellen, in denen alle Konfliktparteien agieren. Für diese Aufgabe müssen staatliche Institutionen neu aufgebaut oder zumindest umgebaut werden (*state-building*). In diesem Report geht es nicht um jede Form der Konstruktion staatlicher Strukturen, sondern ausschließlich um *state-building* als Teilaufgabe der Demokratisierung ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften.

Nach einem Bürgerkrieg zwischen ethnisch definierten Parteien fehlt es meist an Akzeptanz der Definition des Staatsvolks, der Staatsstruktur oder sogar der Existenz eines gemeinsamen Staates. Die Konfliktparteien stehen einander in verhärteten partikularen Identitäten gegenüber, und zumindest eine Seite bestreitet, gemeinsam mit der anderen eine Nation zu bilden. Um es an Benedict Anderson (1988: 15-17) anzulehnen: Eine Konfliktpartei will sich nicht vorstellen, mit dem Gegner eine politische Gemeinschaft zu bilden. Sie empfindet eine gemeinsame Demokratie mehr als Zumutung denn als Versprechen und blockiert den (Wieder-)Aufbau oder Umbau staatlicher Institutionen. Die Demokratisierung steht daher in ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften vor der Herausforderung, ein Mindestmaß wechselseitiger Anerkennung zu schaffen, damit gemeinsame Institutionen funktionieren können. Sie verlangt, dass sich Feinde als politische Gegner wahrzunehmen beginnen und ein Gefühl der Zugehörigkeit entsteht, welches gewaltsam zementierte partikulare Identitäten überwölbt oder in ihrem Gewicht reduziert. Diesen Wandel bezeichne ich als Nationsbildung (*nation-building*).⁴

Angesichts der angenommenen notwendigen Bedingungen einer gelingenden Demokratisierung einerseits und der Ausgangslage ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften andererseits muss die Demokratisierung die doppelte Aufgabe von *state-building* und *nation-building* bewältigen. Dazu stehen drei Optionen offen:

3 Anselm et al. (1999); Bendel/Krennerich (2003); Merkel (1999); Schmitter (1994); Shain/Linz (1995).

4 Es gibt zahlreiche Definitionen von Nationsbildung (s. Hippler 2004: 14-20), die diese mal mit Demokratisierung, mal mit dem Aufbauen neuer Staaten oder der Friedenskonsolidierung mit militärischen Mitteln gleichsetzen. Andere Konzepte sehen Nationsbildung als Entstehen einer staatsweiten Identität, die partikulare, ethnische Identitäten verdrängt. Dieser Report meint mit Nationsbildung einen Prozess, an dessen Ende die Konfliktparteien nicht mehr die Vorstellung zurückweisen, zusammen eine politische Gemeinschaft zu konstituieren.

Ein Weg scheint zu sein, sich erst um die Nationsbildung zu bemühen, um anschließend einen gemeinsamen demokratischen Staat auf- oder umzubauen. Doch woher soll die Vorstellung einer politischen Gemeinschaft kommen, wenn sich ethnische Gruppen in zementierten Identitäten, in Furcht und Misstrauen gegenüberstehen? Historisch war es oftmals der Staat, der unterschiedlichen Gruppen zeigte, dass sie einen gesellschaftlichen Raum teilten. Diese Gruppen sahen sich dann mit der Zeit als eine politische Gemeinschaft. Doch ein gemeinsamer Staat oder dessen Struktur bildet den zentralen Konfliktgegenstand in Gesellschaften nach einem Bürgerkrieg zwischen ethnisch definierten Parteien. Die Nationsbildung soll gerade die Akzeptanz des gemeinsamen Staates herbeiführen und kann daher nicht auf Staatsbildung basieren.

Ein anderer Weg wäre, es umgekehrt zu versuchen und zunächst die gemeinsamen demokratischen Staatsstrukturen bereitzustellen, um der Nationsbildung den Weg zu ebnet. Doch ohne die Mitwirkung aller Konfliktparteien bleiben auf Demokratie ausgelegte Institutionen bloße Hüllen. Die Bereitschaft zur Arbeit in diesen Institutionen hängt jedoch von der Akzeptanz des Staates und der in seinen Institutionen verkörperten Definition des Staatsvolks ab. Das Auf- oder Umbauen des Staates im Rahmen der Demokratisierung braucht also Fortschritte der Nationsbildung, kann diese aber nicht erzeugen.

Als dritter Weg bleibt, zugleich *state-building* und *nation-building* zu betreiben. Die Geschichte gibt viele Beispiele dafür, dass das Bereitstellen von Staatsinstitutionen ein nationales Gemeinschaftsgefühl fördern kann, wie umgekehrt die Existenz eines solchen Zugehörigkeitsgefühls Staatsinstitutionen errichtet und diese mit Leben füllt (Breuilly 1999; Reinhard 2000; Schulze 1994). Aber unter den Ausgangsbedingungen ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften und der Vorgabe der Demokratisierung erscheinen diese Wechselwirkungen als Teufelskreis: Der unzureichende Bestand gemeinsamer demokratischer Staatsinstitutionen blockiert die Nationsbildung, während ein Mangel an Akzeptanz des gemeinsamen Staates das *state-building* verhindert.⁵

Dieser Report erörtert, ob in Makedonien der vermutete Teufelskreis von *state-building* und *nation-building* die (weitere) Demokratisierung verhindert hat. Falls nein, wie gelang es, den Auf- oder Umbau der gemeinsamen Demokratie voranzutreiben, obgleich die größten Ethnien über die Struktur des gemeinsamen Staates stritten? Der Report stellt die Ausgangslage für die Demokratisierung dar und diskutiert die Rolle des Konfliktverlaufs, der angestrebten Institutionen, der ökonomischen Entwicklung sowie den Einfluss internationaler Faktoren und dabei vor allem der Aussicht auf Beitritt zur Europäischen Union.

Zunächst skizziert der Report den bewaffneten Konflikt in Makedonien (Kapitel 2) und legt dar, wie sich der Stand des Aufbaus demokratischer Institutionen und der Nationsbildung erheben lässt (Kapitel 3). Daraufhin beschreibt er die Ausgangslage der Demokratisierung nach dem Friedensabkommen (Kapitel 4). Die weiteren Kapitel (5-6) widmen sich

5 Nicht jeder Mangel an Demokratie in ethnisch gespaltenen Nachkriegsgesellschaften geht auf diesen Teufelskreis zurück. Ebenso wenig garantieren Fortschritte der Demokratisierung einen konstruktiven Konfliktverlauf (Gromes 2007: 70-94).

zwei Phasen (2002-2006, 2006-2009) und diskutieren für diese gesondert den Zusammenhang zwischen dem Aufbauen demokratischer Staatsinstitutionen und der Nationsbildung. Der Schluss (Kapitel 7) bilanziert die Demokratisierung im Lichte des vermuteten Teufelskreises, skizziert Potenziale der Destabilisierung und gibt Politikempfehlungen.

2. Der bewaffnete Konflikt in Makedonien

Es gibt zwei, drei, viele Makedonien: das antike Makedonien Alexanders des Großen, die durch das Osmanische Reich geprägte Region Makedonien, die auch Gebiete der heutigen Staaten Albanien, Bulgarien und Griechenland umfasst, eine Provinz im Norden Griechenlands und schließlich der Staat, der sich selbst Republik Makedonien nennt, aber in vielen Texten Frühere Jugoslawische Republik Makedonien (FYROM) heißt. Gegenstand dieses Reports ist dieser Staat, den ich der Kürze halber nur Makedonien nenne.⁶

Makedonien weist sich als multi-ethnischer, multi-lingualer und multi-religiöser Staat aus. In der Volkszählung 2002 bezeichneten sich 64,2% der zwei Millionen Bürger als Makedonier, 25,2% als Albaner, 3,9% als Türken, 2,7% als Roma und 1,8% als Serben (Oschlies 2003: 1). All diese Menschen zählten als Makedonier im Sinne der Bürger Makedoniens; nur fast zwei Drittel identifizierten sich als Makedonier im ethnischen Sinne. Spricht dieser Report im Folgenden von Makedoniern, meint er die größte Ethnie. Die große Mehrheit der Makedonier spricht Makedonisch, schreibt Kyrillisch⁷ und gehört, wie der größte Teil der Serben, dem orthodoxen Christentum an. Die Albaner hingegen sprechen Albanisch, nutzen das lateinische Alphabet, und die meisten von ihnen teilen mit der Mehrheit der Türken und Roma den muslimischen Glauben. Während die Makedonier im ganzen Staatsgebiet siedeln, konzentrieren sich die Albaner auf den Norden, Nordwesten und die Hauptstadt Skopje (Daskalovski 2006: 62f). Beim Zensus 2002 lebten fast zwei Drittel der Bürger in Erhebungseinheiten, in denen eine Ethnie mindestens 80% der Bevölkerung stellte.⁸ Makedonien zeigte weniger ein Miteinander oder Vermischen der Ethnien als deren Nebeneinander (Hislope 2003: 134). 2008 führten nur sieben Prozent der Hochzeiten zu Mischehen; 95% der Makedonier und 96% der Albaner heirateten einen Partner aus der eigenen Ethnie (Republic of Macedonia State Statistical Office 2009: 36).

Dennoch galt Makedonien bis Anfang 2001 als Modell für inter-ethnischen Ausgleich und als Beispiel gelungener Gewaltprävention. Ein tödlicher Granatenangriff am 22. Januar 2001 riss Makedonien aus seiner Erfolgsgeschichte. Damit setzten Ereignisse ein (Philips 2004: 202), welche die Namen Krieg, inszenierter Krieg, Beinahe-Krieg, bewaffneter Konflikt, Terrorismus, Drama, Krise oder nur „2001“ erhielten. Die Gewalt ging

6 Damit mache ich mir keinesfalls sämtliche Positionen der Regierung Makedoniens im Streit mit Griechenland um den Staatsnamen zu eigen.

7 Kyrillische Namen übertrage ich mit Hilfe diakritischer Zeichen ins Lateinische.

8 Eigene Berechnung auf Basis der Angaben unter: Republic of Macedonia State Statistical Office 2005: 34f.

von der (albanischen) Nationalen Befreiungsarmee (albanisch UÇK, makedonisch ONA) aus und führte zu Kämpfen dieser Formation mit dem Militär und den Polizeikräften Makedoniens. Welche Ziele die UÇK⁹ verfolgte, blieb sehr umstritten, auch innerhalb der Albaner. Zunächst hieß es aus Reihen der UÇK, sie wolle albanisch besiedelte Gebiete in Makedonien von den „makedonischen Unterdrückern“ befreien und dem Kosovo oder Albanien anschließen (Ackermann 2001: 119; Naegele 2001; Rozen 2001). Spätestens nach einigen Wochen aber dominierte eine andere Linie: Die UÇK sah sich in einem Kampf für mehr Rechte der Albaner und griff dabei Forderungen auf, die albanische Parteien schon seit der Unabhängigkeit Makedoniens 1991 erhoben hatten. Dabei stellte die UÇK die territoriale Integrität Makedoniens ausdrücklich nicht mehr infrage (Daskalovski 2006: 76f; Rusi 2004). Die Demokratische Partei der Albaner (makedonisch DPA, albanisch PDSH), seit 1998 mit in der Regierung, wies diese Lesart zurück: Das einzige Ziel des Krieges habe darin bestanden, die DPA aus der Regierung zu entfernen (Dnevnik, 21.4.2003). Auch in der Wissenschaft sehen manche weniger einen Konflikt zwischen Albanern und Makedoniern als einen innerhalb der Albaner. Die UÇK habe mit der DPA um die Kontrolle über albanisch besiedelte Gebiete samt Schmuggelwegen konkurriert (Pearson 2002: 3f).

Höchste Vertreter der Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) und der Europäischen Union (EU) bezeichneten zunächst die UÇK-Mitglieder als Terroristen oder kriminelle Extremisten und gaben der Regierung Makedoniens Rückendeckung für deren Vorgehen. Nicht zuletzt aus Solidarität mit der Regierung schloss die EU im April 2001 ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Makedonien. Später mahnten EU und NATO die Sicherheitskräfte Makedoniens, sich militärisch zurückzuhalten, und drängten erfolgreich auf eine „Regierung der nationalen Rettung.“ Die Regierung aus der Inneren Makedonischen Revolutionären Organisation – Demokratische Partei für Makedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE), der DPA und der Liberalen Partei (LP) erweiterte sich um den zuvor oppositionellen Sozialdemokratischen Bund Makedoniens (SDSM), die albanische Partei für demokratische Prosperität (PDP) sowie um die Liberaldemokratische Partei (LDP). Begleitet vor allem von Druck und Hilfe seitens der EU und USA, verhandelte die Regierung der nationalen Rettung über ein Rahmenabkommen, das in Ohrid vereinbart und von den vier größten politischen Parteien am 13. August 2001 in Skopje unterzeichnet wurde (Framework Agreement 2001). Die UÇK nahm auf Wunsch der makedonischen Parteien wie auch dem von EU, NATO und den USA an diesen Verhandlungen nicht direkt teil, ließ sich aber auf das Abkommen ein.¹⁰ Mit dem Rahmenabkommen endete der bewaffnete Konflikt, der zwischen 150 und 190 Menschen das Leben kostete und 140000 bis 150000 Personen zum Verlassen ihrer Häuser zwang (Daskalovski 2006: 203; Mitevski 2008: 167; Sandevski 2009: 30).

9 Albanische Organisationen kürze ich makedonisch ab. Bei der UÇK mache ich eine Ausnahme, da Leser im deutschsprachigen Raum sie unter dieser Abkürzung kennen.

10 Zu den Ereignissen von Beginn der Eskalation bis zum Rahmenabkommen: Altmann (2003); Mitevski (2008); Schlotter (2002) sowie die Berichte der International Crisis Group (ICG) unter: www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=1244&l=1 (24.11.2009).

Was immer der dominante Konfliktgegenstand gewesen sein mag, das Abkommen zielte vor allem darauf ab, die albanischen Bürger Makedoniens besser zu stellen. Viele Albaner hatten sich als Bürger zweiter Klasse empfunden und forderten daher ihre proportionale Repräsentation in öffentlichen Institutionen, einen Konsenszwang im Parlament für bestimmte Fragen, Albanisch als zweite Amtssprache, höhere Bildung in albanischer Sprache, das Ausleben ihrer Kultur und Identität sowie die Dezentralisierung des Staates (Cekić 2008: 41-44; Interview mit Ismet Ramadani 2009). Da sie ihre Anliegen missachtet sahen, hatten die meisten albanischen Bürger das Unabhängigkeitsreferendum am 8. September 1991 boykottiert. Im Parlament waren die albanischen Abgeordneten der Abstimmung über die Verfassung ferngeblieben. Seit der Unabhängigkeit waren aber stets albanische Parteien an der Regierung beteiligt gewesen (Daskalovski 2006: 64-68, 193; Hislope 2003: 139).

Das Ohrid-Abkommen lässt sich auf die Formel „mehr Rechte für Frieden“ bringen.¹¹ Es setzte sich zum Ziel, die Zukunft der Demokratie zu sichern und Makedonien näher an die EU und NATO heranzuführen. Politisch motivierte Gewalt wies es bedingungslos zurück. Das Abkommen bekräftigte, es gäbe keine territorialen Lösungen für ethnische Fragen. Die UÇK sollte sich entwaffnen und auflösen, eine NATO-Truppe den Waffenstillstand und die Entwaffnung gewährleisten. Im Gegenzug sollten die „Gemeinschaften“ (die Ethnien) in lokalen und zentralen Institutionen gleichwertig repräsentiert werden. Das Parlament musste fortan Gesetze mit einem direkten Bezug zu Kultur, Sprache und Symbolen, Bildung, persönlichen Dokumenten sowie lokaler Selbstverwaltung mit einer doppelten Mehrheit verabschieden. Solche Gesetze erforderten eine Mehrheit unter den Abgeordneten, die eine Mehrheit der nicht-makedonischen Abgeordneten enthält. Jede Sprache, die mindestens 20 Prozent der Bürger sprechen, sollte neben Makedonisch offizielle Sprache werden. Der Staat sollte ein Studium in diesen Sprachen finanzieren. Des Weiteren sah das Rahmenabkommen vor, Makedonien zu dezentralisieren. Lokale Behörden bekamen die Befugnis, vor öffentlichen Gebäuden neben den Zeichen der Republik auch Symbole der Mehrheitsethnie in der Gemeinde anzubringen. Schließlich forderte das Ohrid-Abkommen eine neue Volkszählung und lud neben NATO und EU die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie andere internationale Organisationen dazu ein, bei der Umsetzung seiner Vorgaben zu helfen.¹² Obschon sie nicht ins Rahmenabkommen einfluss, machte die in Aussicht gestellte Amnestie für die UÇK-Kämpfer einen weiteren wichtigen Aspekt des Friedensprozesses aus.

Im Folgenden geht es darum, die Demokratisierung Makedoniens seit dem Rahmenabkommen zu bilanzieren. Dazu muss der Report zunächst darlegen, wie er das Niveau demokratischer Staatsinstitutionen und den Verlauf der Nationsbildung erhebt.

11 Vetterlein (i.E.) analysiert detailliert die Konfliktlinien in Makedonien vor 2001 und diskutiert ausführlich, wie sich das Rahmenabkommen und seine Umsetzung auswirkten.

12 Ljubomir Danailov Frčkoski nahm als Experte an den Verhandlungen teil und verfasste einen Teil der Abkommensentwürfe. Im Interview (2009) berichtete er: „We had a classical negotiation process with non-papers. 60% of the non-papers were written by the foreign experts. These drafts, however, had not been prepared before the talks but were written on the spot. (...) The framework agreement was no foreign imposition. Internationals had a huge responsibility for its contents, but they gave us free zones.“

3. Kriterien demokratischer Institutionen und der Nationsbildung

Demokratisierung meint einen Wandel hin zu einer Demokratie, die sich durch fünf Merkmale auszeichnet (Dahl 1999: 37-40; Schiller 1999: 31-33):

1. Regierungen und Parlamente gehen aus freien, allgemeinen, gleichen, geheimen, kompetitiven und regelmäßigen Wahlen hervor.
2. Die gewählten Regierungen und Parlamente besitzen Entscheidungsgewalt, die nur durch Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung eingeschränkt ist, nicht aber durch Akteure und Strukturen, denen eine demokratische Legitimation fehlt.
3. Es bestehen Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Freizügigkeit und Informationsfreiheit.
4. Die Bürger haben Zugang zu pluralistischen und vom Staat unabhängigen Medien.
5. Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sind etabliert.

Demokratische Institutionen und Freiheiten müssen nicht nur in der Verfassung stehen, sondern auch real existieren. Die staatlichen Institutionen sollen darüber hinaus funktionieren, den Austragungsort für die wesentlichen politischen Konflikte stellen und Relevanz für das politische Leben aufweisen. Daher ermittle ich den Stand beim Aufbauen demokratischer Staatsinstitutionen über fünf zusätzliche Kriterien:

6. Im politischen Wettbewerb gibt es weder Gewalt noch Gewaltandrohungen.
7. Die demokratischen Institutionen bestehen unabhängig von externen Akteuren.
8. Regierung und Parlament tagen und fassen Beschlüsse.
9. Die Sitzungen der Regierungsgremien und Parlamente werden nicht boykottiert.
10. Die Konfliktparteien verfügen über keine illegalen, ethnisch exklusiven Entscheidungsstrukturen (wie Parallelparlamente und -regierungen) und separate Zwangsaparate (wie Parteipolizei oder -miliz).

In welchem Maß Makedonien diese zehn Kriterien erfüllt, ergibt sich aus Berichten von Wahlbeobachtern¹³, Menschenrechtlern¹⁴, Freedom House¹⁵, der Europäischen Kommission¹⁶ und aus wissenschaftlichen Publikationen. Als ergiebig erwiesen sich zudem die „Barometer“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Makedonien. Nach einer Skizze der Aus-

13 S. www.osce.org/odihr-elections/14365.html (20.11.2009).

14 S. www.mhc.org.mk.

15 S. www.freedomhouse.org (20.11.2009). Hier nutzte ich vor allem die Jahresberichte „Nations in Transit“, um Informationen zu den einzelnen Kriterien zu erhalten. Der Demokratie-Index von Freedom House hingegen half nicht sehr weiter. Er weist den politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten jeweils einen Wert von eins bis sieben zu, wobei eine niedrigere Zahl für mehr Demokratie steht. Makedonien bekam für 2001 die Note 4/4, danach stets eine 3/3. Wie dieser Report zeigt, wandelte sich das Demokratie-Niveau mehr, als es diese Zahlen vermuten lassen.

16 S. http://ec.europa.eu/enlargement/candidate-countries/the_former_yugoslav_republic_of_macedonia/key-documents/index_en.htm (20.11.2009).

gangslage geht der Report nur auf die Kriterien ein, deren Wert sich verändert hat. Dieses Vorgehen soll zeigen, ob die Demokratisierungsbemühungen in Makedonien eine vollständig ausgeprägte Demokratie oder nur eine illiberale (Zakaria 2003) oder defekte Demokratie (Merkel et al. 2003) hervorgebracht haben.

Der Stand der Nationsbildung ergibt sich aus zwei Indikatoren:

1. Die Haltung der makedonischen und albanischen Bürger zum gemeinsamen Staat.
2. Die Haltung der makedonischen und albanischen Eliten zum gemeinsamen Staat.

Über die Haltung der Bürger zu Makedonien geben Meinungsumfragen Aufschluss. Es liegen zwar Daten darüber vor, ob die Bürger Optionen jenseits des gemeinsamen Staates oder eine andere Struktur der Republik Makedonien wünschen, allerdings decken diese den Untersuchungszeitraum nur zum Teil ab. Hingegen dokumentieren andere Umfragen ohne größere Lücken, in welchem Maß die Bürger das Rahmen-Abkommen und die dort vereinbarte Staatsstruktur unterstützen oder ablehnen. Andere Studien erheben, ob sich die Befragten als Bürger Makedoniens empfinden oder das Land lieben.

Die Haltung der politischen Eliten zum gemeinsamen Staat ermittle ich aus Aussagen führender Politiker in Wahlkämpfen, bei den Jahrestagen des Friedensschlusses und der Unabhängigkeit sowie anderen wichtigen Ereignissen. Als wichtigste Quelle diene mir dabei die makedonische Tageszeitung *Dnevnik*, die als das zuverlässigste Printmedium gilt.¹⁷ Zudem liegen diesem Report mehr als drei Dutzend Interviews mit Politikern und Experten zugrunde. Mit Blick auf die Position der politischen Eliten interessiert mich mehr als nur deren Akzeptanz Makedoniens oder der Staatsstruktur. Relevant ist auch, ob die Eliten ihre Akzeptanz oder auch Forderungen nach alternativen Optionen an bestimmte Bedingungen knüpfen.

4. Die Ausgangslage nach dem Friedensabkommen

Makedonien zeigte sich vor und während des bewaffneten Konflikts keineswegs als perfekte Demokratie, besaß aber demokratische Institutionen, in denen Repräsentanten der Albaner mitwirkten. Daher benötigte Makedonien nach Ende der Kämpfe keine Demokratisierung von Grund auf, sondern nur deren Fortsetzung. Diese Aufgabe bezeichne ich im Folgenden als weitere Demokratisierung. Nach dem Friedensschluss ging es nicht darum, den verschiedenen Ethnien gemeinsame demokratische Strukturen neu zu errichten. Vielmehr stand an, existierende Institutionen umzubauen und ihnen auch in den Gebieten Relevanz zu verschaffen, in denen die UÇK die Kontrolle übernommen hatte. Auch die Nationsbildung stand vor geringeren Problemen als nach Sezessionskriegen, hatte die UÇK doch gerade in späteren Phasen des bewaffneten Konflikts beteuert, nicht

¹⁷ S. www.dnevnik.com.mk. (20.11.2009). Belege ohne Seitenzahl beziehen sich auf die Internetausgabe der Zeitung.

an den Grenzen Makedoniens zu rütteln. Meinungsumfragen zeigten zudem, dass sich die meisten Albaner zum gemeinsamen Staat Makedonien bekannten.

4.1 Die gemeinsamen demokratischen Institutionen

2001 blickte Makedonien auf regelmäßige, allgemeine Wahlen des Präsidenten, des Parlaments und der Gemeinderäte zurück, bei denen mehrere Parteien oder Kandidaten gegeneinander antraten. Bei den Kommunalwahlen 2000 allerdings sahen OSZE-Beobachter mehrere internationale Standards demokratischer Wahlen verfehlt. So gab es große Probleme, das Wahlgeheimnis zu wahren und den Wahlprozess frei von Gewalt und Einschüchterung zu halten (OSCE-ODIHR 2000: 1, 7, 13f). Bei einer Schießerei zwischen Anhängern rivalisierender albanischer Parteien kam ein Mensch ums Leben, und auch schon bei früheren Wahlen war es zu Gewaltausbrüchen gekommen (Helsinki Committee for Human Rights 1999: 1 und 2000: 1). Bei den Parlamentswahlen besaßen die Stimmen der Bürger aufgrund unterschiedlich großer Wahlkreise nicht das gleiche Gewicht. Während ein Abgeordneter nur 7.000 Wähler vertrat, repräsentierte ein Anderer rund 70.000 Bürger (Fraenkel 2003: 17). Parlament und Regierung verfügten über eine Entscheidungsgewalt, die im Allgemeinen nicht von nicht-demokratischen Akteuren und Strukturen eingeschränkt war. Doch vor allem in den Aufmarschgebieten der UÇK, aber auch in anderen mehrheitlich von Albanern bewohnten Orten zeigte der Staat eine allenfalls eingeschränkte Präsenz. Die demokratischen Freiheiten galten im Wesentlichen als gegeben (Commission of the European Communities 2002: 9f). Es gab eine Vielzahl von Medien, darunter auch zahlreiche nicht-staatliche Sender und Zeitungen, die verschiedene politische Perspektiven boten (OSCE/ODIHR 2000: 8). Menschenrechtler beklagten allerdings, die Medien hätten während der Kämpfe professionelle Standards aufgegeben und sich zu Geiseln von Vorurteilen gemacht (Helsinki Committee for Human Rights 2001: 4). Gerichte galten als Objekt unzulässiger politischer Eingriffe. Das Parlament wählte sämtliche Richter aus, was an deren Unabhängigkeit und Professionalität zweifeln ließ. Öffentliche Einrichtungen zeigten sich sehr anfällig für Korruption (Commission of the European Communities 2002: 7f).

Gerade Wahlen gaben Anlass zu politisch motivierter Gewalt, die aber in ihrem Ausmaß niemals an die Eskalation 2001 herangereicht hatte. Dieser bewaffnete Konflikt stellte die größte Bedrohung der Demokratie im unabhängigen Makedonien dar. Die OSZE, die schon seit 1992 eine kleine Mission aufrechterhalten hatte, sowie die EU, NATO und USA bemühten sich sehr darum, die Gewalt einzudämmen, die demokratischen Strukturen von der Eskalation abzuschirmen und diese Institutionen einen Ausweg aus der Krise finden zu lassen. Für die Demokratie spricht, dass sie am bewaffneten Konflikt nicht zerbrach. 2001 blieben Regierung und Parlament entscheidungsfähig, sodass die Abgeordneten mehrere Dutzend Gesetze verabschiedeten.¹⁸ Allerdings tagte das Parlament in der Krise nur einmal (Petroska-Beska/Nejcevska 2004: 8). Zudem gab es eine Vorgeschichte

18 S. das Register des Sluzben Vesnik unter www.slvesnik.com.mk/default.asp?ItemID=D8C94B5FE87249408FFBC368F8952B4A (9.7.2009).

des Boykotts. 1994 hatte die VMRO-DPMNE, bei den Wahlen 1990 stärkste Partei, zusammen mit der Demokratischen Partei nach Vorwürfen der Unregelmäßigkeiten die zweite Runde der Parlamentswahlen boykottiert (Karakamiševa 2004: 263f; Škarić 2005: 61-68).¹⁹

Über den größten illegalen Zwangsapparat verfügte 2001 die UÇK. Zudem standen „die Löwen“, eine mono-ethnische Sondereinheit der Polizei im Ruf, als Parteimiliz der VMRO-DPMNE zu agieren (Helsinki Committee for Human Rights 2001: 2; Ordanoski 2004: 24-27).

4.2 Der Stand der Nationsbildung

Während des bewaffneten Konflikts forderten laut Umfrage des US State Departments nur 16% der befragten Albaner ein Großalbanien, während 71% für eine multi-ethnische Republik Makedonien eintraten (Judah 2001). Die Albaner zeigten sich zwar mehrheitlich mit den äußeren Grenzen Makedoniens einverstanden, nicht aber mit den bestehenden Institutionen. 97% von ihnen beklagten, dass Nicht-Makedonier weniger Rechte besäßen. Dem stimmten nur vier Prozent der befragten Makedonier zu (UNDP 2001: 22).

Bei einer Erhebung Ende August 2001 wandten sich 51% der befragten Makedonier gegen die Unterzeichnung des Rahmenabkommens, während 44% diese unterstützten. Von den befragten Albanern hingegen hießen 78% die Unterzeichnung gut (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2001: 19). Ende 2001 ermittelte das International Republican Institute (IRI), dass eine knappe relative Mehrheit von 49% aller Befragten das Ohrid-Abkommen unterstützte (IRI/USAID 2008: Folie 9). Mit den oben genannten Zahlen darf man davon ausgehen, dass mindestens 78% der Albaner das Abkommen befürworteten. Eine Zustimmung von 49% aller Befragten bedeutete daher wahrscheinlich, dass weiterhin eine Mehrheit der Makedonier das Abkommen und den dort vereinbarten Umbau der Institutionen ablehnte. Die Albaner sahen den Friedensschluss als Versprechen, die Makedonier als Zumutung.

Wie sich die politische Elite zu den Vereinbarungen von Ohrid stellte, zeigte eine Parlamentsdebatte über den Einstieg in die vom Abkommen geforderten Verfassungsreformen. 91 der 120 Abgeordneten stimmten diesem Einstieg zu (Dnevnik, 7.9.2001), darunter alle Repräsentanten der Albaner und alle Abgeordneten des Sozialdemokratischen Bundes und der Liberaldemokratischen Partei. Die stärkste Fraktion, die der VMRO-DPMNE, unterstützte mehrheitlich die Verfassungsreformen. Dass sie dies nicht aus Vertrauen in das Abkommen tat, demonstrierten Aussagen des Ministerpräsidenten Ljupčo Georgievski: Er glaube nicht an das Abkommen, dennoch sei es erforderlich, dieses zu akzeptieren. Makedonien stünde unter einem informellen Wirtschaftsembargo. Georgievski fügte hinzu: „Macedonia is under big pressure by the foreign experts that whoever votes for the constitutional changes is for peace, but those who vote against are for war“ (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2001: 7f). Abdurahman Aliti von der albanischen

19 Damals hatten die Bürger das Parlament in 120 Wahlkreisen per Mehrheitswahl bestimmt.

PDP erklärte hingegen, er habe sich immer über den Status der Albaner als Bürger zweiter Klasse beschwert. Nach der Annahme und Umsetzung des Rahmenabkommens jedoch könne er nicht mehr klagen. Geschlossen gegen den Einstieg in Verfassungsreformen stimmte eine Abspaltung der VMRO-DPMNE und die Demokratische Alternative, die bei den Parlamentswahlen 1998 elf Prozent der Stimmen erhalten hatte (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2001: 9). Die Unterzeichnung des Abkommens hatte die Demokratische Alternative als Bedrohung der nationalen Interessen kritisiert (Dnevnik, 14.8.2001).²⁰

Insgesamt bestand in Makedonien folgende Ausgangslage: Es existierten demokratische Institutionen, in denen sowohl makedonische als auch albanische Parteien agierten. Die weitere Demokratisierung Makedoniens erforderte daher nur einen Umbau, nicht aber einen Aufbau gemeinsamer demokratischer Strukturen. Doch auch eine solche Reform wäre blockiert, wenn die Konfliktparteien diese als gegen ihr Staatskonzept gerichtet zurückweisen. Die meisten Albaner unterstützten die Umbauarbeiten, wie sie das Rahmenabkommen vorsah. Sollte aber das Ohrid-Abkommen nicht umgesetzt werden, stand infrage, ob die Albaner den gemeinsamen Staat Makedonien weiterhin akzeptieren. Die Implementierung des Rahmenabkommens schien insofern prekär, als die Makedonier dessen Vorhaben mehrheitlich ablehnten. Die beiden wichtigsten makedonischen Parteien zählten zu den Unterzeichnern des Ohrid-Abkommens, doch machte gerade die größte Partei, die VMRO-DPMNE, ihre Vorbehalte deutlich. Damit schien die weitere Demokratisierung Makedoniens durchaus vom eingangs skizzierten Teufelskreis bedroht.

Die nächsten Kapitel widmen sich zwei Phasen nach dem Friedensschluss, die sich aus dem Verlauf der Nationsbildung ergaben. Die zweite Jahreshälfte 2006 markiert den Wechsel von der ersten (2002-2006) zur zweiten Phase (2006-2009). Bis zum Ende des ersten Abschnitts nahmen Loyalitätsbekundungen der albanischen Bürger und Politiker gegenüber der Republik Makedonien zu. Im Herbst 2006 lag die Zahl der Unterstützer des Rahmenabkommens auf dem höchsten Punkt, und nie gab es weniger Gegner. Dies geschah nach der Regierungsübernahme der VMRO-DPMNE und DPA und damit von den Parteien, aus denen zuvor das Rahmenabkommen am deutlichsten infrage gestellt worden war.

5. 2002-2006: Demokratie unter „Guns ’n’ Roses“

Nach den Wahlen 2002 übernahm eine Koalition die Regierung, die Beobachter als „Guns ’n’ Roses“ bezeichneten (ICG 2002: 2). „Guns“ standen für eine Partei, die zu erheblichen Teilen aus der UÇK hervorgegangen war, „roses“ spielten auf das Symbol der Sozialdemokraten an. Die Transformation der UÇK und das Zurückdrängen politisch motivierter Gewalt zählten zu den größten Erfolgen der weiteren Demokratisierung. Dennoch fanden die Wahlen wieder in einem gewaltsamen Umfeld und mit Unregelmäßigkeiten statt.

²⁰ Von den Parteien der anderen Ethnien begrüßten die der Türken und Bosniaken das Abkommen, während die Demokratische Partei der Serben es zurückwies (Dnevnik, 15.8.2001).

Boykotte von Parlamentssitzungen und die prekäre Unabhängigkeit der Richter blieben weitere Mängel an Demokratie. Die albanischen Bürger zeigten zwischen 2002 und 2006 eine wachsende Loyalität zur Republik Makedonien, während die Makedonier das Rahmenabkommen mehrheitlich ablehnten. Nur marginale Organisationen wiesen das Ohrid-Abkommen und den gemeinsamen Staat Makedonien offen zurück.

5.1 Der Umbau der Institutionen

Der deutliche Rückgang politisch motivierter Gewalt und das Zurückdrängen illegaler Zwangsapparate bedeuteten die größten Fortschritte der Demokratisierung von 2002 bis zum Sommer 2006. Nach den Unterschriften unter dem Ohrid-Abkommen endeten die Anschläge der UÇK genauso wie die Kämpfe zwischen dieser und den Sicherheitskräften Makedoniens. Als im März 2002 das Parlament ein Amnestiegesetz verabschiedete, ließen die meisten UÇK-Kommandeure ihre Pläne fallen, ihre Einheiten auf neue Kämpfe vorzubereiten (Bieley 2002). Nur wer Kriegsverbrechen begangen hatte, sollte nicht unter das Amnestiegesetz fallen (Brunnbauer 2001: 364). Ein großer Teil der UÇK-Führer unterzog sich der Transformation „from bullets to ballots“ und stieg in die Parteipolitik ein. Viele von ihnen gründeten im Juni 2002 die Demokratische Union für Integration (makedonisch DUI, albanisch BDI). An der Spitze der DUI stand Ali Ahmeti, der 2001 als „politischer Repräsentant“ der UÇK aufgetreten war. An der neuen Partei wirkten aber auch Menschen wie die Sozialwissenschaftlerin Teuta Arifi mit, die mit der UÇK nichts zu schaffen hatten (Pettifer 2002). In ihrer Gründungsplattform forderte die DUI die vollständige Umsetzung des Rahmenabkommens, ein multi-ethnisches Makedonien, in dem sich alle Bürger frei und gleich fühlen, sowie die Integration in europäische und atlantische Strukturen (DUI 2002). Welchen Stellenwert der Integrationswunsch für die DUI besitzt, mag man daran ablesen, dass vor ihrer Parteizentrale neben der albanischen und Partei-Fahne die der EU, NATO und USA wehen. Die Fahne der Republik Makedonien hingegen hisst die DUI nicht. Außerhalb staatlicher Gebäude lassen sich DUI-Politiker nur selten mit der Fahne Makedoniens sehen.

Mit dem Rahmenabkommen stand für die UÇK-Mitglieder die Tür in die legale Politik offen. Zwar war die UÇK von den direkten Verhandlungen des Abkommens ausgeschlossen geblieben, dennoch entsprachen dessen Vorhaben weitgehend den Forderungen Ahmetis. Als sich die DUI gründete, hatte das Ohrid-Abkommen bereits bewiesen, dass es nicht nur auf dem Papier stand. Im November 2001 hatte das Parlament mit mehr als einer Drei-Viertel-Mehrheit die erforderlichen Verfassungsänderungen beschlossen (Dnevnik, 17.11.2001), und es gab weitere Bemühungen, das Abkommen umzusetzen. Als Garantiemächte dieses Prozesses agierten die NATO und die EU. Die NATO-Friedenstruppe (Task Force Harvest)²¹ sollte vor allem die Entwaffnung der UÇK

21 Informationen zu dieser Mission (27. August bis 26. September 2001) unter www.nato.int/fyrom/tfh/home.htm. Ihr folgten die Task Force Fox bis zum 15. Dezember 2002 (www.nato.int/fyrom/tff/home.htm), die NATO Operation Allied Harmony bis zum 31. März 2003 (www.nato.int/fyrom/ah/home.htm) und die EUFOR bis zum 15. Dezember 2003 (www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=594&lang=En). Alle Zugriffe am 20.11.2009.

beaufsichtigen, doch gab ihre Präsenz auch das Signal, wie sehr der Allianz die Umsetzung aller Vorgaben des Rahmenabkommens am Herzen lag. Die Ethnien in Makedonien teilten den Wunsch, dass Makedonien der Europäischen Union beitrete; über 90% der Bürger unterstützten eine solche Mitgliedschaft (IRI 2008: Folie 15). Die EU machte wiederholt deutlich, dass nur die Umsetzung des Rahmenabkommens den Weg zum Beitritt ebne (Ilievski/Taleski 2009: 360)

Mit dem Auftreten der DUI verschwanden albanische bewaffnete Gruppen allerdings nicht vollständig. Die Albanische Nationale Armee (makedonisch ANA, albanisch AKSh,) hatte sich schon vor der UÇK gegründet, aber 2001 militärisch nicht eigenständig agiert. Die ANA verfolgte großalbanische Ziele und lehnte das Ohrid-Abkommen ab (Lipsius 2001: 472-475). Ende März 2002 ereignete sich eine Konfrontation zwischen der ANA und früheren UÇK-Kämpfern, bei der vier Menschen ums Leben kamen (Bielely 2002). Ein paar Monate später bekannte sich die ANA zum Mord an zwei makedonischen Polizisten (Alagjovovski 2002). Ende August 2003 zündete sie eine Bombe unter anderem vor Regierungsbüros in Skopje, worauf die Sicherheitskräfte Makedoniens die größte Operation seit 2001 starteten (Dnevnik, 1.9.2003 und 9.9.2003).

Zum weitgehenden Zurückdrängen illegaler Zwangsapparate trug die Auflösung der Sondereinheit „die Löwen“ bei, die als bewaffneter Arm der VMRO-DPMNE galt (Commission of the European Communities 2004: 31). Die EU hatte auf diesen Schritt gedrängt, rannte damit aber beim regierenden SDSM offene Türen ein.

Eine andere positive Entwicklung bestand darin, dass im Zuge der Umsetzung des Rahmenabkommens die Zahl der verabschiedeten Gesetze stieg. Allein 2002 beschloss das Parlament 142 Gesetze, und in den folgenden Jahren veröffentlichte das Amtsblatt nie weniger als 100 Gesetze.²² Zudem überlebten die demokratischen Institutionen auch den Abzug der Friedenstruppe Ende 2003, die zunächst von der NATO, dann von der EU geführt worden war. Den Medien bescheinigten Beobachter eine gegenüber 2001 verbesserte Berichterstattung; Hassreden träten nur selten auf (Helsinki Committee for Human Rights 2004: 5).

Als Mangel an Demokratie blieben die Wahlen, bei denen Beobachter gewaltsame Zwischenfälle, 2002 wieder mit Toten, und eine Reihe von Unregelmäßigkeiten verzeichneten. Wählen in Gruppen verletzte das Wahlgeheimnis, und in einigen Wahllokalen gaben Bürger die Stimmen anderer Wähler ab. Zudem wurden Urnen mit Stimmzetteln aufgefüllt, in manchen Orten die Wähler eingeschüchtert und die Auszählungsvorschriften verletzt. Die Unregelmäßigkeiten konzentrierten sich auf den Westen des Landes (OSCE/ODIHR 2002, 2004, 2005b und 2006). Positiv festzuhalten bleibt, dass eine Reform des Wahlsystems das Problem des ungleichen Gewichts abgegebener Stimmen beseitigte. Seit 2002 wählen die Bürger die 120 Abgeordneten des Parlaments in sechs Wahlkreisen mit jeweils rund 280 000 Wahlberechtigten. Dabei gilt das Verhältniswahlrecht (OSCE/ODIHR 2002: 4). Es fiel auf, dass Gewalt die Parlamentswahlen 2002 und

22 S. die Angaben unter: www.slvesnik.com.mk/default.asp?ItemID=D8C94B5FE87249408FFBC368F8952B4A (9.7.2009).

2006 stärker überschattete als die Präsidentschaftswahl 2004 und die Kommunalwahlen 2005.

Im November 2004 fand auf Wunsch von mehr als 180.000 Bürgern ein Referendum über den veränderten Zuschnitt der Gemeinden statt, den die Regierung im Rahmen der Dezentralisierung vereinbart hatte. Die Regierung rief die Wähler auf, am Referendum nicht teilzunehmen, sodass dieses am Quorum scheiterte. Wer dennoch zur Abstimmung schritt, gab sich als Gegner der Reform der Gemeindegrenzen zu erkennen. Der Boykottaufruf der Regierung unterlief das Prinzip der geheimen Abstimmung (OSCE/ODIHR 2005: 4).

Die Gewalt im Zuge der Wahlkämpfe lässt sich nicht als Zurückweisen einer gemeinsamen Demokratie deuten, fand sie doch zumeist innerhalb einer Ethnie und nicht zwischen Makedoniern und Albanern statt. Gewiss hat das Zustandekommen des Ohrid-Abkommens die Gewaltneigung verstärkt, denn obschon die UÇK in Ohrid nicht direkt mitverhandeln durfte, zahlte sich ihre Gewalt aus. Das dürfte die Demokratie Makedoniens noch für lange Zeit belasten (Interview mit der Professorin für Politikwissenschaft Biljana Vankovska). Allerdings war es schon in früheren Wahlkämpfen zu Gewalt gekommen, sodass die Ereignisse 2001 dieses Problem nicht ganz erklären. Beobachter, Aktivisten und Politiker kritisieren, wie sehr die jeweils regierenden Parteien auf Zentral- wie auch auf Gemeindeebene die Verwaltung und andere öffentliche Einrichtungen unter ihre Kontrolle bringen, um mit den dort angesiedelten Arbeitsstellen ihre Anhänger zu bedienen. Aufgrund der äußerst schwachen Privatwirtschaft hängt für viele Menschen die ökonomische Existenz davon ab, ob „ihre“ Partei regiert (Interviews mit Valon Bela und Arjanit Hoxha). „You cannot work in a public toilet, if you do not support the political party in government“, erklärt im Interview Mersel Bilalji, einst Abgeordneter der PDP. Es überzeugt aber nicht, die Gewalt damit zu erklären, dass aufgrund dieser „Parteiisierung“ für viele Menschen bei der Wahl so viel auf dem Spiel stünde. Denn das trifft nicht nur für den Westen, sondern auch für andere Landesteile zu, die aber eben nicht unter einem ähnlichen Gewaltproblem leiden. Eine Ursache für höhere Gewalt im Westen kann darin bestehen, dass hier lange Zeit staatliche Agenturen in ihrer Wirkung weit weniger Präsenz zeigten und den staatlichen Anspruch auf das Gewaltmonopol in einem geringen Maße durchsetzen konnten. Anhänger kulturalistischer Theorien dürften auf eine Kultur des Waffentragens verweisen.

Wie schon vor 2001, litt das Parlament in den folgenden Jahren unter Boykotten. Nach der Wahl 2002 blieb die VMRO-DPMNE den Parlamentssitzungen fern, um gegen die Regierungsbeteiligung der DUI zu protestieren (Fraenkel 2003: 8). Die DPA boykottierte das Parlament 2003, die zweite Runde der Kommunalwahlen 2005 und daraufhin auch wieder das Parlament bis Februar 2006 (Commission of the European Communities 2006: 5; Gaber-Damjanovska/Jovevska 2005a: 11). Diese Boykotte galten jedoch nicht der gemeinsamen Demokratie, sondern der Regierung und vor allem der Tatsache, nicht in der Regierung zu sitzen. Worauf auch immer die Boykotte abzielten, in jedem Fall beschädigten sie die Demokratie.

Mit Blick auf die Rechtsstaatlichkeit galt weiterhin die Abhängigkeit der Richter von Politikern als Problem. Allerdings verabschiedete das Parlament 2005 eine Reihe von

Reformen, die unter anderem den Einfluss der Parteien auf die Ernennung von Richtern reduzieren sollten. Ein 15köpfiger Justizrat erhielt das Mandat, per Zwei-Drittel-Mehrheit Richter zu ernennen und zu disziplinieren. Acht Mitglieder sollten Richter sein und von Richtern gewählt werden, das Parlament wählte fünf Mitglieder; der Justizminister und der Präsident des Verfassungsgerichts komplettierten den Justizrat. Die Korruption blieb ein großes Problem (Commission of the European Communities 2006: 9-11). Weder die prekäre Unabhängigkeit der Gerichte noch die Korruption folgten aus dem inter-ethnischen Konflikt um die Struktur des Staates und aus dem befürchteten Teufelskreis aus einem unzureichenden Aufbau staatlicher Institutionen und mangelnder Nationsbildung. Vielmehr zählen diese Mängel an Demokratie zur Erbmasse langer autoritärer Herrschaft und stehen für fehlende demokratische Einstellungen. Die Korruption liegt jedoch auch in der Schwäche staatlicher Institutionen begründet, die nicht zuletzt auf den Streit zwischen den Ethnien zurückgeht.

5.2 Wachsende Loyalität zum Staat, größere Akzeptanz der Reformen

Trotz aller Bemühungen, das Rahmenabkommen umzusetzen, stieg die Zustimmung der Albaner zu einem Großalbanien von 16% im Mai 2001 auf 48% im Mai 2002. Im Widerspruch dazu stand, dass zugleich 68% der befragten Albaner den gemeinsamen Staat Makedonien unterstützten (Judah 2002). Anfang 2003 jedoch forderten nur 24% die volle Unabhängigkeit albanisch besiedelter Gebiete, während 12% der Makedonier einen Staat ohne Albaner wollten (UNDP 2003: 41). In den Jahren darauf fragten Studien nicht mehr nach Optionen jenseits des gemeinsamen Staates. Wie sich die Albaner zu Makedonien stellten, lässt sich aber aus Reaktionen auf andere Fragen herleiten. So sagten 2003 nur 17% der Albaner, sie liebten Makedonien. Im November 2005 hingegen sagten dies 82% und im Mai 2006 sogar 88%. Zum selben Zeitpunkt sahen sich 78% der Albaner als Bürger Makedoniens (Causidis 2006; UNDP 2005: 37 und 2006b: 41). Die Makedonier jedoch nahmen keine gewachsene Loyalität der Albaner gegenüber Makedonien wahr. Im Februar 2006 unterstellten 44% von ihnen, es gäbe Ethnien in Makedonien, welche die Souveränität des Staates bedrohen (UNDP 2006a: 15). 63% der Makedonier glaubten, die Albaner sähen Makedonien nicht als ihr Vaterland (UNDP 2006b: 16). Offenbar stärkte die Besserstellung der Albaner im Zuge der Umsetzung des Rahmenabkommens deren Bekenntnis zu Makedonien. Die Reform der Institutionen erhöhte die Akzeptanz des Staates bei den Albanern, sodass entgegen der Annahme des Teufelskreises Mühen des Staatsumbaus auf Seiten der Albaner Fortschritte der Nationsbildung herbeiführten.

Die Ethnien nahmen das Rahmenabkommen nach wie vor unterschiedlich wahr. Im März 2002 hielten es 84% der Albaner, aber nur 13% der Makedonier für eine Priorität für Frieden und Stabilität, das Ohrid-Abkommen vollständig umzusetzen. 43% der Makedonier, doch gerade sechs Prozent der Albaner meinten, der Friedensschluss verlange zu weitgehende Reformen (Irwin 2002: 63-66). Im Mai 2002 unterstützten 90% der Albaner das Abkommen, wohingegen 63% der Makedonier dieses zurückwiesen (Judah 2002). Bis 2006 schwankte die Akzeptanz erheblich, doch nur im Juni 2002 und im März 2004 lehnte die Gesamtheit der Befragten das Abkommen mehrheitlich ab (IRI 2008: Folie 9).

Die Makedonier dürften allerdings (nahezu) über den gesamten Zeitraum das Ohrid-Abkommen nicht unterstützt haben. Viele von ihnen deuteten dessen Vorgaben als Belohnung für Gewalt. Zudem fehlte ihnen das Verständnis für die geforderten Reformen, da doch Makedonien, unter anderem aufgrund seiner multi-ethnischen Regierungen, lange als Modell gegolten hatte. Was die Lage der Albaner verbessern sollte, sahen viele Makedonier als ihren Verlust, zum Teil auch zu Recht. Den Anteil der Albaner in öffentlichen Institutionen zu steigern, implizierte, dass dort künftig weniger Makedonier Arbeit finden würden.

Bezeichnenderweise beging nur die albanische Demokratische Union für Integration (DUI) den ersten Jahrestag des Ohrid-Abkommens (Dnevnik, 14.8.2002). Viele Makedonier werteten das Abkommen als Niederlage, und es förderte keinesfalls die Akzeptanz des Friedensschlusses unter den Makedoniern, als Ahmeti auf einem DUI-Parteitag triumphierte: „Wir haben den Krieg gewonnen“ (Dnevnik, 14.8.2002).

Im Wahlkampf 2002 rückten die politischen Parteien die Inhalte des Rahmenabkommens keineswegs in den Mittelpunkt. Damit bekräftigten sie indirekt deren Alternativlosigkeit. Die Parlamentswahlen brachten eine Regierung aus SDSM, LDP und DUI hervor. Frühere UÇK-Kämpfer zogen in die Regierung ein, die sie keine anderthalb Jahre zuvor bekämpft hatten.

Politiker oder Organisationen, die den gemeinsamen Staat Makedonien oder das Rahmenabkommen ablehnten, blieben in der Wahlperiode 2002-2006 marginal. Während die Albanische Nationale Armee die größte militärische Herausforderung darstellte, ging der heftigste politische Angriff vom früheren Ministerpräsidenten Georgievski aus. In einer Kolumne für die Tageszeitung Dnevnik (18.4.2003) forderte er, die Staaten des früheren Jugoslawiens nach ethnischer Zugehörigkeit zu teilen und zwischen Albanern und Makedoniern eine Mauer zu bauen. Mit diesem Programm rief Georgievski heftige Kritik hervor. Der regierende SDSM sah durch die Ideen des ehemaligen Ministerpräsidenten den Frieden gefährdet (Dnevnik, 19.4.2003). In einem gemeinsamen Brief betonten Vertreter der EU, USA, NATO und OSZE, dass das Ohrid-Abkommen der einzige Weg nach vorne sei, während alternative Optionen die euro-atlantische Integration blockieren (Dnevnik, 22.4.2003). Auch der Präsident Makedoniens, Boris Trajkovski (VMRO-DPMNE), und die Regierung Albaniens bekannten sich erneut zum Rahmenabkommen (Dnevnik, 23.4.2003). Georgievski entfremdete sich von der VMRO-DPMNE so sehr, dass er diese später verließ. Allerdings stieß er bei der DPA auf Verständnis. Deren Führung meinte, das Ohrid-Abkommen sei tot, es bestehe keine Hoffnung auf ein multi-ethnisches Makedonien und ein ethnischer Staat stelle die beste Option dar (Petruševa 2003; Dnevnik, 21.4.2003). Doch selbst die DPA wies in den folgenden Jahren das Rahmenabkommen und den gemeinsamen Staat Makedonien nicht konsequent zurück. Ähnlich wie die PDP, forderte sie bei einigen Gelegenheiten, neue Staaten zu schaffen, knüpfte dies aber an die Voraussetzung, dass das Rahmenabkommen nicht umgesetzt würde (Dnevnik, 14.7.2003; 15.7.2003; 15.9.2003; 8.4.2004 und 10.4.2004; Gaber-Damjanovska/Jovevska 2003: 19). Vor der Präsidentschaftswahl 2004 jedoch betonte die DPA, die Albaner sollten das Abkommen verteidigen wie eine Mutter ihr Kind (Dnevnik, 9.4.2004). In November des gleichen Jahres unterzeichnete sie, wie alle anderen relevanten Parteien

auch, eine „euro-atlantische Erklärung“, die unter anderem das Ohrid-Abkommen bekräftigte (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2004: 13f).

Trotz der Fortschritte dabei, das Rahmenabkommen umzusetzen, zeigten albanische Politiker Probleme damit, ihre Loyalität zu Makedonien zu bekunden. Die offizielle Feier 2003 zum Jahrestag der Unabhängigkeit am 8. September fand ohne albanische Minister und Abgeordnete statt (Dnevnik, 9.9.2003). Ein Jahr später nahmen zwar Vertreter der DUI teil, nicht aber Parteichef Ahmeti (Dnevnik, 9.9.2004). Bei einem Parteitag im November 2005 bekräftigte Ahmeti seine frühere Aussage, er sähe Makedonien als seine Heimat (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2005b: 32f). Dennoch ließ sich die DUI, genauso wie die DPA, im Wahlkampf nur mit dem schwarzen Doppelkopfadler auf rotem Grund, der Fahne Albanien und der Albaner, nicht aber mit der Fahne Makedoniens blicken (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2006a: 22f).

6. 2006-2009: Wiedergeburt der VMRO-DPMNE, Überleben des Rahmenabkommens

Im Wahlkampf 2006 warb die VMRO-DPMNE für eine Wiedergeburt, und nach ihrer Wahlniederlage 2002 gelang ihr vier Jahre später zumindest die Wiedergeburt als stärkste Partei Makedoniens. Zusammen mit den Parteien ihrer Vorwahlkoalition und zudem mit der DPA, der Neuen Sozialdemokratischen Partei, einer Abspaltung des SDSM, und zwei weiteren Kleinparteien bildete sie eine neue Regierung. Bei vorgezogenen Neuwahlen 2008 erzielte erneut das Bündnis um die VMRO-DPMNE das beste Ergebnis, nahm nun aber statt der DPA die DUI in die Regierung auf. Die Wiedergeburt der VMRO-DPMNE brachte keineswegs das Begräbnis des Rahmenabkommens, auch wenn Kritiker dieser Partei vorhielten, dessen Vorgaben nur unter Druck umzusetzen. Weiterhin wandten sich nur marginale Kräfte gegen das Ohrid-Abkommen oder den gemeinsamen Staat. Albanische Politiker bekundeten ihre Loyalität gegenüber Makedonien. Allerdings blieben größere Fortschritte der Demokratisierung aus, und in Sachen unabhängiger Medien gab es sogar negative Tendenzen.

6.1 Demokratie mit Abstrichen

2008 löste sich das Parlament selbst auf²³, worauf Neuwahlen folgten, bei denen Beobachter demokratische Standards nicht eingelöst sahen. Im Wahlkampf ereigneten sich gerade in albanischen Gebieten zahlreiche gewaltsame Zwischenfälle, darunter Schüsse auf Ah-

23 Die Koalition um die VMRO-DPMNE und DPA verfügte zwar über eine Mehrheit aller Abgeordneten, nicht aber über die Mehrheit der nicht-makedonischen Parlamentarier. Angesichts der dadurch behinderten Gesetzgebung schlug die oppositionelle DUI Neuwahlen vor, was die beiden wichtigsten Regierungsparteien unterstützten (OSCE/ODIHR 2008: 3f).

meti. Am Wahltag kam ein Mensch ums Leben. Aufgrund vieler Unregelmäßigkeiten ordnete die Wahlkommission für rund 200 Wahllokale eine Wahlwiederholung an (OSCE/ODIHR 2008: 1, 10 und 18-24). Die Präsidentschafts- und Kommunalwahlen 2009 boten ein besseres Bild, sodass Beobachter nun die meisten internationalen Standards als erfüllt betrachteten. Nur vereinzelt kam es zu gewaltsamen Zwischenfällen, allerdings berichteten die Beobachter landesweit von vielen Einschüchterungen der Wähler durch Anhänger der regierenden Parteien (OSCE-ODIHR 2009: 1 und 11f). Zweifel schlugen dem Wählerverzeichnis entgegen, das fast 88% der Einwohner als wahlberechtigt auswies. Das war nicht nur im internationalen Vergleich ein hoher Anteil, sondern übertraf eine ältere Zahl von Wahlberechtigten um acht Prozentpunkte (Dnevnik, 10.3.2009). Die Presse berichtete zudem von Staatsbediensteten, die während ihrer Arbeitszeit mit öffentlichen Mitteln Wahlkampf für die Partei betrieben, durch die sie auf ihre Posten gekommen waren (Dnevnik, 9.3.2009).

Schon bei früheren Präsidentschaftswahlen war es zu weniger Gewalt als bei Parlamentswahlen gekommen. Das Gewaltproblem war vor allem in mehrheitlich von Albanern besiedelten Gebieten aufgetreten, bei den Präsidentschaftswahlen aber ging es für die Albaner um nichts, da hier makedonische Kandidaten das Rennen unter sich ausmachten. Parlamentswahlen hingegen entschieden darüber, welche Partei ihre Anhänger mit Posten und Einkommen versorgen konnte. Das Gleiche galt freilich auch für die Kommunalwahlen. Dass die Kommunalwahlen 2009 relativ gewaltarm verliefen, kann an der heftigen internationalen Kritik an den Vorgängen 2008 gelegen haben. 2009 stellte die EU einen Termin für den Beginn von Beitrittsverhandlungen in Aussicht, sollten die Wahlen demokratisch ablaufen und Reformvorhaben umgesetzt werden (Dnevnik, 11.3.2009).

Den Bestand an Freiheiten wertete die EU 2009 als zufriedenstellend (Commission of the European Communities 2009: 18). Die oben erwähnten Einschüchterungen unterliefen aber diese Freiheiten. Zudem beklagte der Vize-Vorsitzende des SDSM, Gordan Georgiev: „In small towns, people are afraid to talk with me, when they know that I am from the opposition“ (Interview). Der Politikberater Eben Friedman ergänzte, viele Menschen handelten in der Überzeugung, staatliche Stellen überwachten sie (Interview).

Bei den Medien gab es eine bedenkliche Entwicklung. Die von der VMRO-DPMNE geführte Regierung warb in großen Kampagnen für ihre Vorstellungen und stieg dadurch zum wichtigsten Anzeigenkunden auf. Kritiker sahen darin eine wachsende Abhängigkeit der Medien vom Staat (OSCE/ODIHR 2009: 14). Mangelnder Professionalismus und private Medien im Besitz von Politikern oder deren engsten Verwandten galten als weitere Probleme (Interview mit Biljana Bejkova). Bisweilen wurden Journalisten angegriffen oder bedroht.

Trotz einiger Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit zweifelte die EU weiterhin an der Unabhängigkeit eines Teils der Richterschaft (Commission of the European Communities 2009: 57). Der Rechtsexperte Aleksander Spasov erklärte dies wie folgt: Zwar ernannten nun über den Justizrat Richter ihre Kollegen, doch wären viele der amtierenden Richter in ihr Amt gekommen, als fachliche Eignung und Integrität nicht als ausschlagge-

bende Kriterien galten. Anders als in Bosnien und Herzegowina, wurden die Stellen sämtlicher Richter nicht neu ausgeschrieben (Interview).

Viele Politiker handelten nach dem Motto „Recht ist, was mir recht ist“. Das zeigte die Reaktion albanischer Parteien auf ein Urteil des Verfassungsgerichts zum Fahnengebrauch. Die PDP forderte den Rücktritt der Richter, die DPA sah einen Plan der Destabilisierung, während Ahmeti ankündigte, Gemeinden mit einem Bürgermeister seiner Partei würden sich nicht an das Urteil halten (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2007: 31f).

Gewalt und Drohungen blieben ein großes Problem, und das nicht nur in Wahlkämpfen. Bei der Parlamentswahl 2006 erzielte die DUI zwar das beste Ergebnis der albanischen Parteien, dennoch wollte die auf der makedonischen Seite siegreiche VMRO-DPMNE nicht mit ihr regieren. Die DUI unterstellte der VMRO-DPMNE, künftig das für bestimmte Fragen vorgesehene Prinzip der doppelten Mehrheit ignorieren zu wollen. DUI-Vertreter drohten daraufhin nicht nur, das Land zu destabilisieren, sondern auch mit dem Einsatz von Kalaschnikows (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2006b: 8). Im September 2007 prügelten sich im Parlament Abgeordnete der DUI, DPA und PDP, und vor dem Gebäude stießen „Sicherheitsdienste“ der DUI und DPA mit der Polizei zusammen (Balkan Insight, 25. und 26.9.2007; Gaber-Damjanovska/Jovevska 2007: 9). Diese Ereignisse verdeutlichten einmal mehr das Fehlen demokratischer Einstellungen bei den Beteiligten und bestärkten den Eindruck, dass diese Parteien über Schlägertrupps oder sogar Parteimilizen verfügten.

Auch mit den neuen Regierungen nach 2006 verabschiedete das Parlament eine große Zahl von Gesetzen, und das entgegen der Furcht, ein Verfahren wie das der doppelten Mehrheit lähme den Entscheidungsprozess. Zoran Ilievski, Berater des Präsidenten von Makedonien, betonte, die Machtteilung von Makedoniern und Albanern habe nicht ein Gesetz verzögert (Interview).²⁴ Auch Ljubomir Danailov Frčkoski sah keine Blockaden, und sagte mit Blick auf die doppelte Mehrheit: „Some poison in a small quantity is a medicine“ (Interview.) Auch laut Irfan Arsani, dem Kabinettsleiter Ahmetis, funktioniert die Machtteilung von Makedoniern und Albanern. Allerdings beklagte er, die VMRO-DPMNE enthalte der DUI Schlüsselministerien und andere Spitzenpositionen vor (Interview).²⁵ Die DUI-Abgeordnete Ermira Mehmeti kritisierte, es sei Wunsch der VMRO-DPMNE, dass sich die makedonischen Minister nur um makedonische Interessen und die albanischen Minister nur um albanische Anliegen kümmern. Dabei würden die Kompetenzen der albanischen Minister stark eingeschränkt und die demokratischen Institutionen desintegrativ wirken (Interview). Aleksandar Spasenovski, Abgeordneter der VMRO-DPMNE, wies solche Vorwürfe zurück: „No one is pushing the Albanians to the margins“ (Interview).

Boykotte plagten weiterhin die demokratischen Institutionen. 2008 verließ der SDSM für zweieinhalb Wochen das Parlament, unter anderem weil die neue Regierungsmehrheit

24 Allerdings trug das Erfordernis der doppelten Mehrheit zur Neuwahl 2006 bei.

25 Ende 2009 erklärte Ahmeti, die Loyalität der Albaner gegenüber dem Staat sei gefährdet, solange ihnen weiterhin Führungspositionen versperrt blieben (Dnevnik, 21.12.2009).

über 170 Gesetze im Eilverfahren verabschiedete. Die DPA boykottierte das Parlament 2008 und erneut ab dem August 2009 (Commission of the European Communities 2008: 9; Dnevnik, 19.8.2009). Den für die inter-ethnischen Beziehungen wichtigsten Boykott startete 2006/2007 die damals oppositionelle DUI zusammen mit der PDP und protestierte damit dagegen, dass aus ihrer Sicht die Regierung das Prinzip der doppelten Mehrheit ignoriere (Commission of the European Communities 2007: 6f). Die DUI beendete ihren Boykott, nachdem sie mit der VMRO-DPMNE eine Reihe von Vereinbarungen getroffen hatte (Dnevnik, 30.5.2007). Bei diesem Abkommen waren Vertreter der EU-Delegation wie auch der US-Botschaft zugegen, die zuvor auf einen Ausgleich zwischen Regierung und Opposition gedrängt hatten. Ohne die Tradition des Boykottierens zu verneinen, sah der Politologe Židas Daskalovski im Handeln externer Mächte einen Anreiz zu solchen Schritten: „When someone boycotts the parliament, Americans are very concerned and try to get them back into the parliament. They pressure the government to find some compromise“ (Interview). Ähnlich äußerte sich die Professorin für Politikwissenschaft Lidija Hristova: „The politicians do not want to fight openly but prefer to blackmail, as they know that international community will pressure the government to compromise“ (Interview).

Ein Mitarbeiter der EU-Präsenz in Makedonien²⁶ bestritt, dass die externen Mächte Probleme lösen, die ohne sie gar nicht aufträten. Die Animositäten zwischen den Parteien seien real, und es fehle tatsächlich an Kooperation (Interview). Auf die Frage, ob die demokratischen Institutionen ohne die externen Akteure kollabieren könnten, verwies er auf den Konflikt um eine Enzyklopädie, welche die Makedonische Akademie für Wissenschaft und Kunst im September 2009 vorstellte. Diese bezeichnete die Albaner mit abwertenden Namen und zählte diese nicht zur autochtonen Bevölkerung Makedoniens. Da die Akademie als Sprachrohr der regierenden VMRO-DPMNE galt, forderten die albanischen Parteien, das Buch vom Markt zu nehmen, und eine Distanzierung von Ministerpräsident Nikola Gruevski (VMRO-DPMNE). Als dies zunächst ausblieb, ließ sich Ahmeti zur Aussage hinreißen, die Enzyklopädie habe den Waffenstillstand zwischen Makedoniern und Albanern gebrochen. Unter anderem nach einer gemeinsamen Erklärung von Ahmeti und Gruevski entspannte sich der Konflikt (Dnevnik, 19.-24.9.2009 und 28.-30.9.2009). Mein Interviewpartner aus der EU-Präsenz erklärte, der Streit um die Enzyklopädie hätte Makedonien sehr nah an Ereignisse wie 2001 gebracht. Nur internationale Faktoren hätten hinter den Kulissen Gruevski und Ahmeti versöhnt. Auch wären die Wahlen 2008 ohne das Handeln externer Mächte noch viel schlimmer verlaufen. Der Kabinettsleiter von Ahmeti mochte die internationale Rolle im Konflikt um die Enzyklopädie nicht bestätigen, sagte aber über die externen Mächte: „The state would collapse without the external presence. Its help is needed on the way to EU and NATO. Without the external presence, the framework agreement would not be implemented and we would come to the situation like before 2001“ (Interview mit Irfan Asani).

26 Die EU unterhält eine Delegation in Makedonien, deren Chef zugleich als Sondergesandter der EU agiert: www.delmkd.ec.europa.eu/en/about-us/role.htm (11.12.2009).

Wo Makedonien die Ansprüche der Demokratie verfehlte, beruhte dies nur im geringen Maße oder gar nicht auf einer unzureichenden Nationsbildung, also auf einer mangelnden Akzeptanz des gemeinsamen Staates oder seiner Strukturen. Damit konnten diese Mängel auch nicht als Folge des befürchteten Teufelskreises gelten. Als Ursachen der Gewalt, der Unregelmäßigkeiten bei Wahlen, der Parteiisierung öffentlicher Institutionen, der prekären Unabhängigkeit der Richter und der meisten Boykotte durften eher das Erbe undemokratischer Herrschaft und die schwache Bindung der politischen Eliten an demokratische Werte gelten. Allerdings hing der Parlamentsboykott der DUI mit dem inter-ethnischen Streit um das Erfordernis der doppelten Mehrheit zusammen. Auch die prominente Rolle externer Mächte ging zumindest zum Teil darauf zurück, dass die Ethnien ihre Konflikte innerhalb der demokratischen Institutionen nicht regeln konnten. Die ethnische Spaltung Makedoniens trug zu einer großen Zahl von Medien bei. Der jeweils kleine Kreis von Lesern, Zuhörern oder Zuschauern machte den Fortbestand vieler Medien davon abhängig, dass die Regierung Werbung schaltete. Der Soziologe Petar Atanasov sah den ethnischen Konflikt nicht als Ursache, sondern als Folge des Zustands der Demokratie in Makedonien (Interview). Seine Kollegin Lidija Hristova erklärte diesen Zusammenhang damit, dass die Ethnien schlecht funktionierende Institutionen nicht als allgemeines Problem wahrnahmen. Stattdessen hielten sie die Defizite der Institutionen für nur gegen die eigene Ethnie gerichtet (Interview).

6.2 „Macedonia is our state“

Für die letzten Jahre liegen keine Umfragen dazu vor, ob die Bürger Optionen jenseits der gemeinsamen Demokratie favorisierten. Studien erhoben aber weiterhin die Haltung zum Ohrid-Abkommen. Nie lag die Zahl der Befürworter des Rahmenabkommens höher als nach dem Antritt der neuen Regierung, an der sich mit der VMRO-DPMNE und DPA genau die der größeren Parteien beteiligten, aus denen zuvor die Vorgaben des Friedensschlusses am heftigsten kritisiert worden waren. 59% der Bürger unterstützten das Abkommen, nur noch 28% lehnten es ab (IRI 2008: Folie 9). Dass die Parteien ihres Vertrauens sich zum Abkommen bekannten, sich angesichts des Wunsches nach euroatlantischer Integration bekennen mussten, hat offenbar die Skepsis vieler Bürger gegenüber der Ohrid-Agenda reduziert. In den folgenden Jahren fiel die Zustimmung zum Abkommen nie unter 50%, während es zu keinem Zeitpunkt mehr als 37% der Bürger ablehnten (IRI 2008: Folie 9; Dnevnik, 12.8.2009). Diese Zahlen sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass meistens eine Mehrheit der Makedonier das Abkommen zurückwies. In einer Umfrage 2009 sagten knapp 50% der befragten Bürger, das Rahmenabkommen nutze den Albanern, während rund 27% meinten, es nutze allen Bürgern. 14% der Befragten erklärten, die inter-ethnischen Beziehungen hätten sich nach dem Abkommen verbessert, weitere 40% sahen diese Beziehungen ein wenig verbessert (IDSCS 2009: Folien 12f).

Auch nach dem Regierungswechsel 2006 lehnten nur marginale Kräfte den gemeinsamen Staat oder das Rahmenabkommen ab. Die DPA sprang in ihren Positionen wieder hin und her. Sie distanzierte sich von Großalbanien (Dnevnik, 17.5.2008), sagte aber im

Wahlkampf 2009, Makedonien würde ohne den Beitritt zur NATO aufhören zu existieren (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2009: 35). Die Präsidentschaftskandidatin, Mirushe Hoxha, beklagte, das Staatskonzept spiegle nicht die multi-ethnische Gesellschaft wider; dennoch forderte sie, das Ohrid-Abkommen vollständig umzusetzen (Dnevnik, 9.3.2009 und 11.3.2009). Hingegen erklärte die DPA anlässlich des Jahrestags des Friedensschlusses im August 2009 das Rahmenabkommen für tot (Dnevnik, 13.8.2009).

2008 richtete erstmals die Regierung eine Feier zum Jubiläum des Friedensschlusses aus. Ahmeti erklärte, die größte Leistung des Abkommens bestehe darin, dass nun alle Bürger den Staat als ihren erlebten und ihm gegenüber loyal seien. Das Abkommen bedeute auch einen Sieg der Makedonier (Dnevnik, 15.8.2008). Einige Jahre zuvor hatte er noch behauptet, die UÇK habe dem Krieg gewonnen.

Wie sehr das Rahmenabkommen die Akzeptanz Makedoniens seitens der Albaner bedingte, erläuterte Rizvan Sulejmani, einst Abgeordneter und Minister für lokale Selbstverwaltung: „The framework agreement was decisive to make the Albanians loyal to Macedonia. We got rights in exchange for our recognition of the Republic. Macedonia is our state, as we are equal here. Formerly, I as the most moderate of PDP’s members of parliament did not say that Macedonia is my state. But since 2001, all Albanian parties have been saying that Macedonia is our state“ (Interview).

Aussagen führender Politiker im Kosovo erleichterten den Albanern in Makedonien, sich mit der Republik abzufinden und kein Großkosovo anzustreben. Fatmir Sejdiu, Präsident des Kosovos, erklärte, die Region sei müde der Ideen eines Großserbiens, Großalbanians oder Großkosovos (Gaber-Damjanovska/Jovevska 2006a: 13). Als Kosovo sich für unabhängig erklärte, erteilte Ministerpräsident Hashim Thaçi einem Großkosovo eine Absage, indem er sich für gute Beziehungen mit allen Nachbarn aussprach (Dnevnik, 18.2.2008). Die politischen Eliten im Kosovo wussten, dass sie für ihren Staat keine Akzeptanz schaffen, wenn sie die territoriale Integrität Makedoniens infrage stellen. Die Albaner in Makedonien orientieren sich weit mehr am Kosovo als an Albanien, hatten doch Makedonien und Kosovo Jugoslawien angehört und viele Albaner, darunter führende UÇK-Mitglieder, in Prishtina studiert. „There are not so strong ties with Albania, as we never have been one country“, legte Irfan Asani dar (Interview). Zudem hatte sich Albanien vor seiner Demokratisierung abgeschottet. Gingen vom heutigen Albanien Gefahren für den Fortbestand Makedoniens aus, müsste das Erste seine Ambitionen der euro-atlantischen Integration aufgeben.

Ihre gewachsene Akzeptanz der Republik Makedonien drückte die DUI 2006 dadurch aus, dass sie einen Parlamentsboykott für die Feier des Unabhängigkeitstags 2006 unterbrach (Dnevnik, 9.9.2006). Zum gleichen Ereignis drei Jahre später erschienen die Spitzen aller großen albanischen Parteien beim offiziellen Empfang (Dnevni, 9.9.2009).

Offene Kritik oder Ablehnung des Rahmenabkommens aus den Reihen der VMRO-DPMNE ließen nach, nachdem der frühere Ministerpräsident Georgievski diese verlassen hatte. Die Abgeordneten Petar Pop-Arsov und Aleksandar Spasenovski beteuerten, die VMRO-DPMNE setze den Friedensschluss um (Interviews). Andrej Lepavcov, Berater von Ministerpräsident Gruevski, nannte das Rahmenabkommen sogar eine Erfolgsgel-

schichte (Interview). Im Vorwort des Wahlprogramms 2008 der VMRO-DPMNE schrieb Gruevski: „We will go on with the implementation of the Ohrid Agreement“ (VMRO-DPMNE 2008: 7). Damit brachte die Partei den Mut auf, ihren Anhängern eine unpopuläre Botschaft vorzulegen. Die oppositionellen Sozialdemokraten wie auch albanische Politiker misstrauten aber diesen Aussagen. Jovan Despotovski vom SDSM und ein anonymer Parteifreund betonten, die VMRO-DPMNE stimme nur unter Druck der Umsetzung des Rahmenabkommens zu, handle aber nicht aus Überzeugung (Interviews).²⁷ Arjanit Hoxha, Sprecher der Partei für Neue Demokratie, die sich 2008 von der DPA abgespalten hatte, meinte, die VMRO-DPMNE stelle sich zwar nicht offen gegen das Abkommen, möge es aber nicht, dessen Vorgaben umzusetzen (Interview). Ermira Mehmeti von der DUI, seit 2008 zusammen mit der VMRO-DPMNE in der Regierung, beklagte, die größte makedonische Partei halte an einer Rhetorik fest, welche das Rahmenabkommen als Verlust der Makedonier darstelle und den Staat als einen der Makedonier bezeichne. Die VMRO-DPMNE, so Mehmeti, betreibe das Projekt, den Makedoniern den Staat zurückzubringen (Interview).

7. Ein Blick zurück, voraus und über Makedonien hinaus

7.1 Der Blick zurück: Bilanz der Demokratisierung

In ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften muss die Demokratisierung eine doppelte Aufgabe bewältigen. Es gilt, gemeinsame staatliche Institutionen gemäß demokratischer Prinzipien auf- oder umzubauen; zugleich muss bei allen Konfliktparteien eine Akzeptanz des umstrittenen Staates und seiner neuer Strukturen entstehen. Da beide Aufgaben zugleich zu bewältigen sind, droht ein Teufelskreis, bei dem Defizite beim Aufbauen des Staates die Nationsbildung blockieren und umgekehrt. Bevor ich den Fall Makedonien im Lichte des vermuteten Teufelskreises bilanziere, fasse ich die Entwicklung der demokratischen Institutionen und der Akzeptanz des gemeinsamen Staates zusammen.

Auch während der Eskalation 2001 agierten die makedonischen wie albanischen Parteien in gemeinsamen demokratischen Institutionen. Die weitere Demokratisierung nach dem Friedensschluss musste daher keinen institutionellen Neuaufbau leisten, sondern bestehende Strukturen nur umbauen. Zudem galt es, dem von der UÇK herausgeforderten Staat Geltung im gesamten Gebiet zu verschaffen. Der größte Mangel an Demokratie bestand in der politisch motivierten Gewalt, den Unregelmäßigkeiten bei Wahlen, der mangelnden Rechtsstaatlichkeit und den Boykotten des Parlaments. Bis 2006 ging die Demokratisierung voran, erzielte jedoch danach keinen größeren Fortschritt mehr. In den Jahren nach dem Friedensschluss gab es Erfolge dabei, politisch motivierte Gewalt zu-

²⁷ Die Politikwissenschaftlerin Aneta Cekić meinte über die VMRO-DPMNE: „They are not in favour of the framework agreement only in public. Rather, VMRO-DPMNE does not want to be seen as supporting so much the framework agreement“ (Interview).

rückzudrängen. Auch erwies sich Makedonien als recht stabil, nachdem internationale Friedenstruppen abgezogen worden waren. Die Justiz erfuhr Reformen, welche die Unabhängigkeit der Gerichte stärken sollten. Doch vor allem gewaltsame Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten bei Wahlen verboten es, Makedonien als vollständig ausgeprägte Demokratie zu bezeichnen.

Selbst 2001 wandten sich die Albaner nicht mehrheitlich gegen die Republik Makedonien. Als wichtige Vorgaben des Rahmenabkommens umgesetzt waren, sagten viele von ihnen, sie liebten Makedonien. Während die meisten Albaner das Ohrid-Abkommen stets unterstützten, lehnten die Makedonier es fast immer mehrheitlich ab. Insgesamt aber ging die Zahl der Kritiker des Friedensschlusses zurück. Nur marginale Kräfte traten offen gegen den gemeinsamen Staat oder das Rahmenabkommen auf. Albanische Politiker zeigten einerseits einen größeren Respekt gegenüber dem Staat, indem sie an den Feiern zum Unabhängigkeitstag teilnahmen. Andererseits stellten sie exzessiv die albanische Fahne zur Schau, mieden aber die der Republik.²⁸

Makedonien konnte dem Teufelskreis entkommen, bei dem ausstehende Aufgaben der Staatsbildung die Nationsbildung blockieren oder umgekehrt. Das geschah auf der Basis, dass sowohl die demokratischen Institutionen als auch die Akzeptanz des gemeinsamen Staates auf einem höheren Ausgangsniveau lagen als es nach kriegerisch ausgetragenen Sezessionskonflikten üblich scheint. Es erleichterte die weitere Demokratisierung Makedoniens, dass der inter-ethnische Streit mehr auf die Strukturen des Staats, aber weniger auf den Fortbestand des gemeinsamen Staates selbst fokussierte. Das Ohrid-Abkommen galt den Albanern als Versprechen, den Makedoniern aber als Zumutung. Die im Friedensschluss vereinbarten Umbauten an den staatlichen Institutionen hingen davon ab, ob die Makedonier trotz ihrer großen Vorbehalte die neue Staatsstruktur hinnahmen. Hätten sie dies nicht getan, wären der Handel „mehr Rechte für Frieden“ und der Tausch „Loyalität gegen Reform“ geplatzt. In diesem Fall hätte die fehlende Akzeptanz der anvisierten Staatsstruktur den Umbau der demokratischen Institutionen behindert.

Die makedonische Elite trug die in Ohrid vereinbarten Reformen aus mindestens drei Gründen mit:

Erstens machten ihr die Vertreter von EU und NATO deutlich, dass nur die Umsetzung des Rahmenabkommens die populäre Aussicht auf euro-atlantische Integration offenhält. Diese Konditionierung wirkte womöglich auch so gut, da sich Makedonien schon auf dem Weg der Annäherung befand und nicht erst auf diesen gelockt werden musste.

Zweitens profitierte Makedonien 2001 von der politischen Führung des damaligen Präsidenten Trajkovski, der sich dem Widerstand in seiner eigenen Partei, der VMRO-DPMNE, entgegenstellte und sehr für das Friedensabkommen einsetzte. Er vertraute darauf, dass die Makedonier später den Wert des Friedensschlusses zu würdigen wüssten. Diese politische Führung hob Branko Crvenkovski (SDSM), sein Nachfolger im Präsi-

28 Albanische Politiker erklärten mir diese Position damit, dass die Fahne ohne ihr Mitwirken beschlossen worden sei.

tenamt, bei der Trauerfeier für Trajkovski hervor (Dnevnik, 6.3.2004). Trajkovski war Ende Februar 2004 in Bosnien und Herzegowina tödlich verunglückt.

Drittens ließ mit der Zeit die Skepsis gegenüber dem Abkommen nach, da mit ihm verbundene Befürchtungen nicht eintraten. Zoran Ilievski, Berater des jetzigen Präsidenten Gjorge Ivanov (VMRO-DPMNE), erläuterte: „Macedonians were scared to become second-class citizens. But they saw that nothing dramatic happens and things are not worse for Macedonians. Moreover, they saw a growing stability“ (Interview). Ähnlich äußerte sich die Professorin Mirjana Maleska (Interview).

Die wirtschaftliche Entwicklung trug nicht wesentlich dazu bei, dass die makedonischen Bürger und Politiker mehr und mehr die Umsetzung des Rahmenabkommens akzeptierten. Zwar wuchs das Bruttoinlandsprodukt von 2003 bis 2008 jährlich zwischen 3,1% und 5,9%.²⁹ Doch bei der Wirtschaftskraft pro Kopf und dem Wachstum spielte Makedonien in einer Liga mit Bosnien und Herzegowina.³⁰ Hier wie dort begriffen viele Bürger die ökonomische Lage als massives Problem, und in Makedonien verlor die von den Sozialdemokraten geführte Regierung nicht zuletzt aus diesem Grund die Parlamentswahl 2006. Die Arbeitslosenquote lag nach 2001 nie unter 30% und für Menschen unter 24 Jahren stets höher als 56%.³¹

Die Reform der Staatstrukturen setzte voraus, dass die Ablehnung dieses Vorhabens auf Seiten der Makedonier neutralisiert wurde. Dann konnte die unzureichende Nationsbildung nicht die Staatsumbildung verhindern. Die Fortschritte bei der Umsetzung des Rahmenabkommens trugen dazu bei, dass die Albaner eine größere Loyalität gegenüber dem gemeinsamen Staat zu erkennen gaben. Das wiederum veranlasste viele Makedonier, den Umbau der demokratischen Institutionen eher hinzunehmen.

Makedonien ist immer noch ein Staat, der einigen Kriterien der Demokratie nur teilweise genügt. Die meisten Defizite gehen aber weder auf den befürchteten Teufelskreis noch auf interethnische Konflikte zurück. Vielmehr stehen vor allem das Erbe langer autoritärer Herrschaft und fehlende demokratische Orientierungen der weiteren Demokratisierung im Weg.

7.2 Der Blick voraus: Potenziale der Destabilisierung

Makedonier und Albaner leben im selben Land, aber in verschiedenen Welten. Makedonier und Albaner wählen fast ausschließlich Parteien der eigenen Ethnie, setzen andere, bisweilen gegensätzliche politische Prioritäten, nutzen überwiegend die Medien ihrer

29 Daten für 2004 bis 2008 unter: www.investinmacedonia.com/Default.aspx?item=menu&itemid=696&themeid=304 (18.12.2009), für 2001 bis 2003 in der Länderstudie Makedonien im Bertelsmann Transformation Index (2006: 18).

30 S. die Zusammenstellungen unter: www.globalpropertyguide.com/Europe/Macedonia/gdp-per-capita und www.globalpropertyguide.com/Europe/Macedonia/gdp-per-capita-growth-5-years (beide 18.12.2009).

31 So die Angaben des Statistischen Büros unter www.stat.gov.mk/Indikator/novi%20indikator/INDIKATOR45_eng.pdf (18.12.2009).

Sprache, heiraten nahezu immer Menschen ihrer Ethnie und vor allem ihres Glaubens. Ein Großteil der Bürger wohnt in Gebieten, in denen die allermeisten Nachbarn der eigenen Ethnie angehören. „There is coexistence but no mixing“, wie der Politikerberater Eben Friedman beobachtete (Interview). Selbst wenn sie sich in Nichtregierungsorganisationen engagieren, sortieren sich die Menschen nach ethnischen Kategorien. Der Bildungsexperte Harald Schenker sieht das Bildungswesen³² auf dem Weg, sich zu einer zentrifugalen Kraft zu entwickeln. Die neun größten Schulen trennten Makedonier von Albanern, wodurch mehr als die Hälfte der albanischen Schüler von dieser Segregation betroffen seien. Ethno-Zentrismus sei in die Lehrbücher eingedrungen, sodass es kein Lernen über die anderen Ethnien gäbe (Interview). Ein Leben in parallelen Sphären kann eine Mobilisierung gegen die andere Ethnie erleichtern, da es kaum Gelegenheiten bietet, Vorurteile und Stereotypen zu reduzieren. Der Streit um die Enzyklopädie erinnert daran, wie schnell sich Spannungsspitzen in den zwischenethnischen Beziehungen aufbauen lassen. Spätestens im Krisenfall wirft eine ethnische segregierte Gesellschaft die Frage auf, ob es einen gemeinsamen Staat geben muss.

Allerdings mahnt ein kurzer Vergleich mit Bosnien und Herzegowina, die Situation in Makedonien nicht zu schwarz zu malen. Anders als dort sehen sich die Ethnien nicht am vorläufigen Ende einer langen Reihe äußerst blutiger Konflikte (Interview Hristova). Anders als in Bosnien und Herzegowina spielen die Religionsgemeinschaften eine konstruktive Rolle. „Religious communities are more cooling down than boiling the inter-ethnic relations. Macedonia had never been radicalized on a religious base“, bilanzierte der Soziologe Atanasov (Interview). Bei aller Kritik ist auch das Bildungssystem nicht derart darauf ausgelegt, Ethno-Nationalisten hervorzubringen (Interview Schenker). Ebenso polarisieren die Wahlkämpfe deutlich weniger zwischen den Ethnien als in Bosnien und Herzegowina.

Die größte Gefahr für ein stabiles Makedonien geht von einer Blockade der euro-atlantischen Integration aus: „Die Integration in die NATO und EU bildet die große Klammer für Makedonien. Ohne die europäische Option wäre die nationale Option gerade für die Albaner die Alternative“, erklärte Andreas Raab vom Ohrid-Institut (Interview). Mersel Bilalli befürchtete: „The main fundament for Macedonia is the Euro-Atlantic integration. If this fundament is destroyed, Macedonia has no perspective to exist as a state“ (Interview).³³ Entsprechend drohte der stellvertretende Vorsitzende der DUI, Rafiz Aliti, im November 2009, die Albaner würden mit oder ohne die Makedonier der NATO beitreten. Er äußerte dies mit Blick auf den Namensstreit zwischen Makedonien und Griechenland, der als höchste Hürde der euro-atlantischen Integration Makedoniens im Wege steht. Im April 2008 hatte Griechenland die Aufnahme Makedoniens in die NATO blockiert. Im Dezember 2009 verhinderte die griechische Regierung, dass Makedonien von der EU ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen erhielt. Der

32 S. zum Bildungswesen auch Atanasovski (2008); Vetterlein (2007).

33 Dane Taleski, Politologe und im Vorstand des SDSM, meinte: „The basic consensus here on the common state rests on Euro-Atlantic integration. Without that integration prospect Macedonia could become Lebanon. The acceptance of the state would erode“ (Interview).

Konflikt beschränkt sich nicht auf den verfassungsmäßigen Namen „Republik Makedonien“, den Griechenland als Angriff auf seine territoriale Integrität versteht. Die griechische Regierung stößt sich ebenso an der Selbstbezeichnung als Makedonier, zumal die VMRO-DPMNE die makedonischen Bürger als Nachfahren der antiken Makedonier darstellt. Den winzigen Flughafen in Skopje benannte die Regierung Gruevski in „Alexander der Große“ um, und vor dem Regierungsgebäude stellte sie antik anmutende Statuen auf. Vielerorts entstehen Bauwerke, die ein antikes Erbe beanspruchen sollen. Auch die Bezeichnung „Makedonisch“ für die gängigste Sprache in diesem Land weist die griechische Regierung zurück. Des Weiteren streiten Makedonien und Griechenland über die Umstände einer Rückkehr jener Menschen, die infolge des Griechischen Bürgerkrieges (1946-1949) ins damalige Jugoslawien gekommen waren. Zudem wirft Makedonien Griechenland die Diskriminierung der Slawen im Norden Griechenlands vor, während die griechische Regierung deren slawische Identität und Benachteiligung bestreitet.³⁴

Der Konflikt mit Griechenland kann die Beziehungen zwischen Makedoniern und Albanern in Makedonien schwer belasten. 69% der Albaner, aber nur drei Prozent der Makedonier meinten, die Republik sollte der NATO und EU beitreten, auch wenn dies den Verlust des bisherigen Namens bedeutete (GALLUP 2008: 10). Sollte der Namensstreit die euro-atlantische Integration verhindern, ärgern sich viele Albaner, dass die Makedonier vermeintliche Befindlichkeiten mit ihrer Identität über die Interessen aller Ethnien in der Republik stellen. Die Makedonier hingegen dürfte das geringe Verständnis der Albaner frustrieren, zumal sie meinen, in den Jahren nach dem Friedensschluss den Forderungen der Albaner weit entgegengekommen zu sein. Ohne die Aussicht auf Beitritt fällt ein Anreiz dafür weg, einen Ausgleich mit der anderen Ethnie zu suchen. Eine dauerhafte Blockade der Integration kann den Anlass dafür geben, das oben skizzierte destruktive Potenzial der ethnisch segregierten Gesellschaft zu aktivieren. Auch muss das anhaltende Problem der politisch motivierten Gewalt, das sich gerade bei Wahlen zeigt, bedenklich stimmen. Bei einer politischen Zuspitzung kann es von einem vorrangig inner-ethnischen wieder zu einem zwischen-ethnischen Phänomen werden.

7.3 Der erweiterte Blick: Makedonien als Modell?

Die Aussicht auf euro-atlantische Integration überwand einige Widerstände gegen das Rahmenabkommen und dessen Umsetzung. Die EU kann Anreize zur weiteren Demokratisierung in Makedonien setzen, indem sie die Annäherung an Bedingungen knüpft. Diese Strategie der Konditionierung muss aber darauf achten, dass sie nicht genau den Akteuren in die Karten spielt, die keine möglichst schnelle Integration oder sogar überhaupt keinen Beitritt zur Europäischen Union wollen. Die große Mehrheit der Bürger darf nicht zu einer Geisel weniger Bremser und Blockierer werden.

³⁴ Zum makedonisch-griechischen Konflikt: Danailov Frčkoski (2009); Engström (2002); Euro-Balkan (2009).

Mit Griechenland gibt es den mächtigsten Blockierer der Integration aber außerhalb Makedoniens. Die deutsche und internationale Politik sollte die Regierung Makedoniens dazu drängen, Provokationen wie das Berufen auf ein antikes makedonisches Erbe zu unterlassen. Zudem ist der Regierung Makedoniens zu raten, eine mögliche Einigung mit Griechenland nicht durch prozedurale Hürden zu erschweren. Mit einem Referendum über einen etwaigen Kompromiss mit Griechenland mag Ministerpräsident Gruevski die Verantwortung für das Scheitern einer Regelung von sich schieben, doch hatte sein verstorbener Parteifreund Trajkovski demonstriert, was politische Führung im positiven Sinne bedeuten kann. Der Regierung Griechenlands wie auch deren Unterstützern innerhalb der EU ist Folgendes vor Augen zu halten: Es kann nicht im wohlverstandenen Eigeninteresse Griechenlands liegen, an einen instabilen Staat zu grenzen. Darüber hinaus ist die griechische Regierung daran zu erinnern, dass die Europäischen Gemeinschaften bereit waren, nach Ende der Militärdiktatur die Demokratie Griechenlands durch eine sehr rasche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu stützen. Mit seiner Minderheitenpolitik hätte Griechenland Probleme, den jetzigen Kriterien eines EU-Beitritts zu genügen. Griechenland darf sich nicht nur als Nehmer von Stabilität sehen, zumal es die aggressive Politik Serbiens beim kriegesischen Zerfall Jugoslawiens unterstützt hatte. Allerdings warne ich vor der Annahme, Griechenland sei aufgrund seiner zugespitzten Schuldenkrise für äußeren Druck besonders empfänglich. Die griechische Regierung muss den Bürgern nun so viel zumuten, dass sie es kaum wagen dürfte, außenpolitisch in die Knie zu gehen. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung Griechenlands den Namensstreit als Blitzableiter nutzt, sobald sie innenpolitisch in Bedrängnis gerät.

So sehr Deutschland und die EU ihrer Verantwortung für Makedonien gerecht werden müssen, so wenig dürfen sie die Politiker Makedoniens aus der Verantwortung für Demokratie und Frieden entlassen. Vertreter der EU, NATO und OSZE handeln richtig, wenn sie politische Gewalt in Makedonien verurteilen und die Politiker Makedoniens zu Distanzierungen sowie Gegenmaßnahmen auffordern. Es scheint angemessen, einen Mangel an Demokratie deutlich als solchen zu bezeichnen. Allerdings muss die internationale Präsenz vermeiden, ungewollt als Anwalt parteipolitischer Interessen aufzutreten. Drängt sie, wie 2007 geschehen, die Regierung zum Ausgleich mit einer das Parlament boykottierenden Oppositionspartei, hintergeht sie die Regeln der Demokratie. Zudem setzt sie einen Anreiz, dass die Parteien auf Maximalpositionen verharren in der Annahme, die EU oder andere auswärtigen Mächte würden schon den Ausweg aus einer etwaigen Krise finden. Demokratie umfasst das Versprechen, über die eigenen Belange selbst zu entscheiden. Zugleich mutet sie zu, die Konsequenzen dieser Entscheidungen tragen und verantworten zu müssen. Die Versprechen der Demokratie sind ohne deren Zumutungen nicht zu haben. Daran kann keine äußere Hilfe für die Demokratisierung etwas ändern.

Hilfe von außen trug aber wesentlich dazu bei, 2001 die Eskalation zu einem großen Krieg zu verhindern und relativ schnell mit dem Ohrid-Abkommen einen Friedensschluss herbeizuführen. Dieser Erfolg ließ an die Rede vom Modell Makedonien anknüpfen, die in den 1990er Jahren aufgekommen war. Als wesentlich für diesen Erfolg 2001 erwiesen sich mehrere Sachverhalte: Die NATO in Form von Basen für die Kosovo-Friedenstruppen und die OSZE waren bereits präsent und mit der Situation in Makedo-

nien vertraut. Das schuf die institutionellen Grundlagen für ein stärkeres Engagement. Ein hohes Maß an internationaler Einigkeit drängte die UÇK dazu, ihre Ziele auf die schon zuvor von albanischen Parteien erhobenen Forderungen zu reduzieren. Damit war bereits vorgezeichnet, welche Reformen einen Ausweg aus der Eskalation öffnen würden. Der schon angelaufene Annäherungsprozess an die EU erleichterte, dass sich die Makedonier mit den Umbauten an den staatlichen Institutionen abfanden. Die gelungene Prävention eines größeren Krieges zeigte sich insgesamt als sehr voraussetzungsreich. In diesem Sinne ist Makedonien weniger ein Modell, das sich anderswo leicht nachbauen lässt, als ein Unikat.

Gleiches gilt für die Zeit nach dem Friedensschluss. Zwar lassen sich das Rahmenabkommen und dessen Umsetzung als Erfolgsgeschichte lesen. Für die meisten ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften bietet Makedonien aber kein Rezept zur Befriedung mittels Demokratisierung. Gegenüber Kriegen wie in Bosnien und Herzegowina oder im Libanon muteten die kurzen Kämpfe in Makedonien wie Scharmützel an. Im Vergleich mit Sezessionskonflikten wie im Kosovo wirkten die Ziele der UÇK bescheiden; und anders als in den meisten Regionen der Welt waren internationales Interesse und Engagement groß und mit dem Instrument der Integration ausgestattet. Selbst während der Kämpfe blieben gemeinsame demokratische Institutionen bestehen und ersparten Makedonien die Zumutung, nach dem Friedensschluss demokratische Strukturen vollständig neu aufbauen zu müssen.

8. Literatur

8.1 Dokumente

- Commission of the European Communities* 2002: Former Yugoslav Republic of Macedonia: Stabilisation and Association Report, [COM(2002) 163], Brüssel.
- Commission of the European Communities* 2004: Former Yugoslav Republic of Macedonia: Stabilisation and Association Report 2004, {COM(2004) 204 final}, Brüssel.
- Commission of the European Communities* 2006: Former Yugoslav Republic of Macedonia Progress Report, {COM (2006) 649 final}, Brüssel.
- Commission of the European Communities* 2008: The Former Yugoslav Republic of Macedonia 2008 Progress Report accompanying the Communication from the Commission to the European Parliament and the Council Enlargement Strategy and Main Challenges 2008-2009, {COM(2008) 674}, Brüssel.
- Commission of the European Communities* 2009: The Former Yugoslav Republic of Macedonia 2009 Progress Report accompanying the Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Enlargement Strategy and Main Challenges 2009–2010, {COM(2009) 533}, Brüssel.
- DUI* 2002: Inaugural Assembly of the Democratic Union for Integration, in: Institute of War & Peace Reporting/Defence Academy of the United Kingdom – Conflict Studies Research Centre: The 2001 Conflict in FYROM – Reflections, Surrey, 15-16.
- Framework Agreement* 2001, www.vmacedonia.com/crisis/doc/fagreeme.htm (24.11.2009).
- GALLUP* 2008: Balkan Monitor. Insights and Perceptions: Voices of the Balkans, 2008 Analytical Report, www.balkan-monitor.eu/files/BalkanMonitor-2008_Analytical_Report.pdf (24.11.2009).
- Helsinki Committee for Human Rights of the Republic of Macedonia* 1999: Annual Report for Year 1999, www.mhc.org.mk/default-EN.asp?ItemID=0C5282771177B44AAEE4F680795ADBC9 (20.5.2009).
- Helsinki Committee for Human Rights of the Republic of Macedonia* 2000: Annual Report for Year 2000, www.mhc.org.mk/default-EN.asp?ItemID=472E174E4DC0A847BB472893B7A2DC83 (20.5.2009).
- Helsinki Committee for Human Rights of the Republic of Macedonia* 2001: Annual Report for Year 2001, www.mhc.org.mk/default-EN.asp?ItemID=C880BF2DE1FD5846941FCE9B70B54841 (20.5.2009).
- Helsinki Committee for Human Rights of the Republic of Macedonia* 2004: Annual Report for Year 2003, 15. Januar 2004, www.mhc.org.mk/default-EN.asp?ItemID=6F2DCCEDDB037641A0D0D2357EE1A2F1 (20.5.2009).
- IDSCS* 2009: Presentacija na rezultatite od istraživanjeto za Ohridskiot Ramkoven Dogovor, o.O.

IRI/USAID 2008: Macedonia 2008.

OSCE/ODIHR 2000: Former Yugoslav Republic of Macedonia. Municipal Elections 10. September 2000. Final Report of the OSCE/ODIHR Election Observation Mission, Warschau.

OSCE/ODIHR 2002: Former Yugoslav Republic of Macedonia. Parliamentary Elections 15. September 2002. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, Warschau.

OSCE/ODIHR 2004: Former Yugoslav Republic of Macedonia. Presidential Election 14. & 28. April 2004. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, Warschau.

OSCE/ODIHR 2005a: Former Yugoslav Republic of Macedonia 7. November 2004 Referendum. OSCE/ODIHR Observation Mission Final Report, Warschau.

OSCE/ODIHR 2005b: Former Yugoslav Republic of Macedonia. Municipal Elections 13. and 27. März, and 10. April 2005. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, Warschau.

OSCE/ODIHR 2006: International Election Observation Mission: Former Yugoslav Republic of Macedonia: Parliamentary Elections – 5. Juli 2006: Statement of Preliminary Findings and Conclusions – Corrected Version, Skopje.

OSCE/ODIHR 2008: The Former Yugoslav Republic of Macedonia: Early Parliamentary Elections 1. Juni 2008. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, Warschau.

OSCE/ODIHR 2009: The Former Yugoslav Republic of Macedonia: Presidential and Municipal Elections 22. März und 5. April 2009. Early Parliamentary Elections 1. Juni 2008. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, Warschau.

Republic of Macedonia State Statistical Office 2005: Census of Population, Houses and Dwellings in the Republic of Macedonia, 2002 – Book XIII, Skopje.

Republic of Macedonia State Statistical Office 2009: Natural Population Change, 2008, Skopje.

UNDP 2001: Early Warning Report, Nr. 6, o.O.

UNDP 2003: Early Warning Report, FRY Macedonia, Nr. 1/2003, Skopje.

UNDP 2005: Early Warning Report Macedonia December 2005, o.O.

UNDP 2006a: Early Warning Report Macedonia March 2006, o.O.

UNDP 2006b: Early Warning Report Macedonia June 2006, o.O.

VMRO-DPMNE 2008: Program of VMRO-DPMNE for Rebirth 2008-2012. Rebirth in 100 Steps. Upgraded and Expanded, o.O.

8.2 Sekundärliteratur

- Ackermann, Alice* 2001: On the Razor's Edge: Macedonia Ten Years after Independence, in: IFSH (Hrsg.): OSCE Yearbook, Baden-Baden, 117-135.
- Alagjovzovski, Robert* 2002: Pre-Election Destabilization, in: Transitions Online, Balkan Reconstruction Report, 2.9.2002.
- Altmann, Franz-Lothar* 2003: Chronik zur Lage in Makedonien, SWP-Diskussionspapier der FG 2 EU-Außenbeziehungen, 2003/1, Berlin.
- Anderson, Benedict* 1988: Die Erfindung der Nation, Frankfurt a. M.
- Anselm, Elisabeth/Freytag, Aurelius/Marschitz, Walter/Marte, Boris* 1999: Das Politische ordnet sich neu. Oder: Wieso das Demokratieorchester Playback spielt, in: dies. (Hrsg.): Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. und New York, NY, 9-20.
- Atanasovski, Emil* 2008: Educational Segregation of Communities in Macedonia; an unsustainable policy severely hampering integration efforts, in: Friedrich Ebert Stiftung Office Macedonia: Power Sharing and the Implementation of the Ohrid Framework Agreement, Skopje, 179-193.
- Bendel, Petra/Krennerich, Michael* 2003: Einleitung: Staat und Rechtsstaat in jungen Demokratien – eine Problemskizze, in: dies./Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps, Opladen, 9-34.
- Berg-Schlosser, Dirk* 2004: Introduction, in: ders. (Hrsg.): Democratization. The State of the Art, Wiesbaden, 13-29.
- Bertelsmann Transformation Index* 2006: Macedonia, <http://bti2006.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/en/2006/EasternCentralAndSoutheasternEurope/Macedonia.pdf> (17.3.2009).
- Bielej, Jeff* 2002: Macedonia: Albanian Factions Clash. In: Institute for War & Peace Reporting, Balkan Crisis Report 327, 28.3.2002.
- Breuilly, John* 1999: Nationalismus und moderner Staat, Köln.
- Brunnbauer, Ulf* 2001: Doch ein historischer Kompromiß? Perspektiven und Probleme der Verfassungsreform in Makedonien, in: Südosteuropa, 50: 7-9, 347-367.
- Causidis, Tamara* 2006: Nationalist Politicians Keep Playing with Fire, Balkan Insight, 3.8.2006.
- Cekić, Aneta* 2008: Predizvicite pri sproveduvanjeto na Ohridskiot Ramkoven Dogovor vo Republika Makedonija, Magister-Arbeit, Skopje.
- Dahl, Robert A.* 1999: On Democracy, New Haven, CT, und London.
- Danailov Frčkoski, Ljubomir* 2009: The Character of the Name Dispute Between Macedonia and Greece, www.fes.org.mk/pdf/Frckoski%20-%20Character%20of%20the%20Name%20Dispute.pdf (20.11.2009).

- Daskalovski, Židas* 2006: *Walking on the Edge. Consolidating Multiethnic Macedonia 1989-2004*, Chapel Hill, NC.
- Engström, Jenny* 2002: *The Power of Perception. The Impact of the Macedonian Question on Inter-ethnic Relations in the Republic of Macedonia*, in: *The Global Review of Ethnopolitics*, 1: 3, 3-17.
- Euro-Balkan Institute for Social and Humanities Research* 2009: *The Name Issue. Exposing and deconstructing the Greek arguments*, o.O.
- Fraenkel, Eran* 2003: *Freedom House: Nations in Transit – Macedonia (2003)*, www.freedomhouse.org/template.cfm?page=47&nit=242&year=2003 (20.5.2009).
- Gaber-Damjanovska, Natasha/Jovevska, Aneta* 2001: *Barometer: Political Parties Development in the Republic of Macedonia*, Nr. 2, September 2001, www.fes.org.mk/pdf/barometerNo2.pdf (17.8.2009).
- Gaber-Damjanovska, Natasha/Jovevska, Aneta* 2003: *Barometer: Political Parties Development in the Republic of Macedonia*, Nr. 9, Dezember 2003, www.fes.org.mk/pdf/barometerNo9.pdf (18.8.2009).
- Gaber-Damjanovska, Natasha/Jovevska, Aneta* 2004: *Barometer: Political and Parties Development in the Republic of Macedonia*, Nr. 11, Dezember 2004, www.fes.org.mk/pdf/BarometerDecember2004.pdf (19.8.2009).
- Gaber-Damjanovska, Natasha/Jovevska, Aneta* 2005a: *Barometer: Political and Parties Development in the Republic of Macedonia*, Nr. 12, Juni 2005, www.fes.org.mk/pdf/Barometer_june_Nr.12-2005.pdf (19.8.2009).
- Gaber-Damjanovska, Natasha/Jovevska, Aneta* 2005b: *Barometer: Current Events and Political Parties Development in the Republic of Macedonia*, Nr. 13, Dezember 2005, www.fes.org.mk/pdf/Barometer_Nr.13-2005%20final.pdf (20.8.2009).
- Gaber-Damjanovska, Natasha/Jovevska, Aneta* 2006a: *Barometer: Current Events and Political Parties Development in the Republic of Macedonia*, Nr. 14, Juni 2006, www.fes.org.mk/pdf/Barometer_June_July%202006.pdf (20.8.2009).
- Gaber-Damjanovska, Natasha/Jovevska, Aneta* 2006b: *Barometer: Current Events and Political Parties Development in the Republic of Macedonia*, Nr. 15, Dezember 2006, www.fes.org.mk/pdf/Barometer%20Macedonia%20No.15.pdf (20.8.2009).
- Gaber-Damjanovska, Natasha/Jovevska, Aneta* 2007: *Barometer: Current Events and Political Parties Development in the Republic of Macedonia*, Nr. 16, Juni 2007, www.fes.org.mk/pdf/Barometer%20June%202007.pdf (21.8.2009).
- Gaber-Damjanovska, Natasha/Jovevska, Aneta* 2009: *Barometer: Current Events and Political Parties Development in the Republic of Macedonia*, Nr. 20, Juni 2009, www.fes.org.mk/pdf/Barometer%20June%202009%20No.20.pdf, (24.8.2009).
- Gromes, Thorsten* 2007: *Demokratisierung nach Bürgerkriegen. Das Beispiel Bosnien und Herzegowina*, Frankfurt a. M.

- Gromes, Thorsten 2008: Gemeinsame Demokratie, geteilte Gesellschaft. Die Unmöglichkeit einer Friedensstrategie in Bosnien und Herzegowina, HSFK-Report 9/2008, Frankfurt a. M.
- Hatschikjan, Magarditsch 2001: Mazedonien am Rande des Abgrunds. Zehn Jahre Eigenstaatlichkeit: Von der Erfolgsgeschichte zum Trümmerhaufen, in: Europäische Rundschau, 29: 1, 21-32.
- Hippler, Jochen 2004: Gewaltkonflikte, Konfliktprävention und Nationenbildung – Hintergründe eines politischen Konzepts, in: ders. (Hrsg.): Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn.
- Hislope, Robert 2003: Between a bad peace and a good war: insights and lessons from the almost-war in Macedonia, in: Ethnic and Racial Studies, 26: 1, 129-151.
- ICG 2002: Moving toward self-sufficiency: a security approach for NATO and the EU, ICG Balkans Report 135, Skopje/Brüssel.
- Ilievski, Zoran/Taleski, Dane 2009: Was the EU's Role in Conflict Management in Macedonia a Success?, in: Ethnopolitics, 8: 3-4, 355-367.
- Irwin, Collin 2002: Peace, Stability, and Elections: An Opinion Poll and Its Implications, in: Global Review of Ethnopolitics, 2: 1, 62-74.
- Jarstad, Anna K./Sisk, Timothy D. (Hrsg.) 2008: From War to Democracy. Dilemmas of Peacebuilding, Cambridge et al.
- Judah, Tim 2001: Albanians Back Macedonian Unity, Institute for War & Peace Reporting, Balkan Crisis Report 250, 25.5.2001.
- Judah, Tim 2002: Macedonia: „Greater Albani“ Gathers Support, Institute for War & Peace Reporting, Balkan Crisis Report 341, 7.6.2002.
- Karakamiševa, Tanja 2004: Izbori i izborni sistemi, Skopje.
- Lipsius, Stephan 2001: Wer ist die AKSH in Makedonien?, in: Südosteuropa, 50: 10-12, 472-487.
- Mann, Michael 2005: The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing, Cambridge et al.
- Merkel, Wolfgang 1999: Systemtransformation, Opladen.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thierry, Peter 2003: Defekte Demokratie, Band 1, Theorien und Probleme, Opladen.
- Mitevski, Mančo 2008: 2001. Vojna so dve lica, Skopje.
- Möllers, Christoph 2008: Demokratie: Zumutungen und Versprechen, Bonn.
- Müller, Harald/Geis, Anna/Wagner, Wolfgang (Hrsg.) 2007: Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik, Frankfurt a. M. et al.

- Munck, Gerardo L.* 2004: Democracy Studies: Agendas, Findings, Challenges, in: Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.): Democratization. The State of the Art, Wiesbaden, 65-97.
- Naegele, Jolyon* 2001: UCK Guerrillas Flex Their Muscles, Radio Free Europe/Radio Liberty, Balkan Report, 23.3.2001.
- Ordanoski, Sašo* 2004: Lions & Tigers. The Militarisation of the Macedonian Right, in: Institute of War & Peace Reporting/Defence Academy of the United Kingdom – Conflict Studies Research Centre: The 2001 Conflict in FYROM – Reflections, Surrey, 17-28.
- Oschlies, Wolf* 2003: Makedonien. Volkszählung und interethnische Turbulenzen, SWP-Diskussionspapier, Berlin.
- Paris, Roland* 2004: At War's End: Building Peace after Civil Conflict, Cambridge.
- Pearson, Brenda* 2002: Putting Pace into Practice: Can Macedonia's New Government Meet the Challenge? United States Institute of Peace, Special Report 96, Washington, DC.
- Petroska-Beska, Violeta/Najcevska, Mirjana* 2004: Macedonia: Understanding History, Preventing Future Conflict, United States Institute of Peace, Special Report 115, Washington, DC.
- Petruseva, Ana* 2003: Macedonia: Storm Over Opposition Resignations, Institute for War & Peace Reporting, Balkan Crisis Report 425, 25.4.2003.
- Pettifer, James* 2002: Ali Ahmeti and the New Albanian Political Party in FYROM, in: Südosteuropa, 51: 1-3, 88-92.
- Phillips, John* 2004: Macedonia. Warlords and Rebels in the Balkans, New Haven und London.
- Reinhard, Wolfgang* 2000: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, München.
- Rozen, Laura* 2001: NLA Autonomy Goal, Institute for War & Peace Reporting, Balkan Crisis Report 228, 21.3.2001.
- Rusi, Iso* 2004: From Army to Party. The Politics of the NLA, in: Institute of War & Peace Reporting/Defence Academy of the United Kingdom – Conflict Studies Research Centre: The 2001 Conflict in FYROM – Reflections, Surrey, 1-16.
- Rustow, Dankwart A.* 1970: Transitions to Democracy. Toward a Dynamic Model, in: Comparative Politics, 2, 337-363.
- Sandevski, Tome* 2009: External Democracy Promotion in Post-Conflict Zones: Evidence from Case Studies: Macedonia, Berlin.
- Schiller, Theo* 1999: Prinzipien und Qualifikationskriterien von Demokratie, in: Berg-Schlosser, Dirk/Giegel, Hans-Joachim (Hrsg.): Perspektiven der Demokratie. Probleme und Chancen im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a. M., 28-56.
- Schlotter, Peter* 2002: Gewaltprävention durch Demokratisierung? Mazedonien zwischen Krieg und Frieden, HSFK-Standpunkte 2/2002, Frankfurt a. M.

- Schmitter, Philippe C.* 1994: Dangers and Dilemmas of Democracy, in: *Journal of Democracy*, 5: 2, 57-74.
- Schulze, Hagen* 1994: *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München.
- Shain, Yossi/Linz, Juan J.* 1995: *Between States: Interim Governments and Democratic Transitions*, Cambridge.
- Škarić, Svetomir* 2005: *Democratic Elections in Macedonia, 1990-2002. Analyses, Documents and Data*, Berlin.
- Tilly, Charles* 2007: *Democracy*, Cambridge et al.
- Vetterlein, Merle* 2007: *Bildungspolitik als Schlüssel zur Konfliktlösung in Makedonien*, Friederich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Februar 2007, Bonn.
- Vetterlein, Merle* i.E.: *Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktregulierung durch power-sharing-Modelle: das Fallbeispiel der Republik Makedonien*, Baden-Baden.
- Zakaria, Fareed* 2003: *The Future of Freedom. Illiberal Democracy at Home and Abroad*, New York, NY und London.

9. Interviews

- Anonymes Interview* mit einem Mitarbeiter der EU-Präsenz in Makedonien, Skopje, 6.10.2009.
- Anonymes Interview* mit einem Mitglied des SDSM, Skopje, 23.9.2009.
- Asani, Irfan* („Dreni“), DUI, Kabinettsleiter von Ali Ahmeti, dem Vorsitzenden der DUI, Tetovo, 8.10.2009.
- Atanasov, Petar*, Professor für Soziologie am Institut für Soziologische, Politische und Juridische Forschung, Universität St. Kyrill und St. Methodius, Skopje, 1.10.2009.
- Bela, Valon*, Vorsitzender der NRO „Realiteti“, Skopje, 6.9.2009.
- Bejkova, Biljana*, Direktorin des NRO-Infozentrums, Skopje, 2.10.2009.
- Bilalli, Mersel*, Professor an der Juristischen Fakultät der FON-Universität, 1994-2002 Abgeordneter der PDP im Parlament der Republik Makedonien, bei den Ohrid-Verhandlungen Mitglied der PDP-Delegation, Skopje, 7.9.2009.
- Cekić, Aneta*, Politikwissenschaftlerin am Institut für Soziologische, Politische und Juridische Forschung, Universität St. Kyrill und St. Methodius, Skopje, 5.10.2009.
- Dakalovski, Židas*, Vorsitzender des Center for Research and Policy Making, Skopje, 3.9.2009.
- Despotovski, Jovan*, SDSM, Skopje, 15.9.2009.

- Danailov Frčkoski, Ljubomir*, Professor für Völkerrecht an der Universität St. Kyrill und St. Methodius, 2009 Präsidentschaftskandidat des SDSM, ehemaliger Innen- und Außenminister der Republik Makedonien, Skopje, 28.9.2009.
- Friedman, Eben*, Politikwissenschaftler und Berater für Politikentwicklung, Skopje, 6.10.2009.
- Georgiev, Gordan*, SDSM, Vize-Vorsitzender, Skopje, 18.9.2009.
- Hoxha, Arjanit*, Sprecher der Partei für Neue Demokratie, Skopje, 10.9.2009.
- Hristova, Lidija*, Professorin für Politikwissenschaft am Institut für Soziologische, Politische und Juridische Forschung, Universität St. Kyrill und St. Methodius, Skopje, 15.9.2009.
- Ilievski, Zoran*, Politikberater im Kabinett des Präsidenten der Republik Makedonien, Skopje, 8.10.2009.
- Lepavcov, Andrej A.*, VMRO-DPMNE, Berater für Außenpolitik im Büro des Ministerpräsidenten der Republik Makedonien, Skopje, 18.9.2009.
- Maleska, Mirjana*, Professorin an der Fakultät für Öffentliche Verwaltung, Südosteuropa-Universität, Skopje, 2.10.2009.
- Mehmeti, Ermira*, DUI, Abgeordnete im Parlament der Republik Makedonien, Skopje, 11.9.2009.
- Pop-Arsov, Petar*, VMRO-DPMNE, Abgeordneter im Parlament der Republik Makedonien, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Fragen, Mitglied im Nationalen Rat für europäische Integration, Skopje, 22.9.2009.
- Raab, Andreas*, Ohrid-Institut, Vorstandsmitglied, Skopje, 18.9.2009.
- Ramadani, Ismet*, 1991-2006 Abgeordneter der PDP im Parlament der Republik Makedonien, bei den Ohrid-Verhandlungen Mitglied der PDP-Delegation, Skopje, 11.9.2009.
- Schenker, Harald*, Bildungsexperte im Auftrag des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der OSZE, früherer Sprecher der OSZE spill-over mission, Skopje, 23.9.2009.
- Spasenovski, Aleksandar*, VMRO-DPMNE, Abgeordneter im Parlament der Republik Makedonien, Skopje, 9.9.2009.
- Spasov Aleksandar*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Juristischen Fakultät der Universität St. Kyrill und St. Methodius, Programmmanager des Progress Institute for Social Democracy, Skopje, 30.9.2009.
- Sulejmani, Rizvan*, Professor der Universität Tetovo, 1996-2002 PDP-Abgeordneter im Parlament der Republik Makedonien, früherer Minister für lokale Selbstverwaltung, Skopje, 30.9.2009.
- Taleski, Dane*, SDSM, Vorstandsmitglied, Politikwissenschaftler, Skopje, 5.9.2009.
- Vankovska, Biljana*, Professorin am Institut für Verteidigungs- und Friedensforschung, Universität St. Kyrill und St. Methodius, Skopje, 29.9.2009.

Abkürzungen

ANA/AKSh	Albanische Nationale Armee
DPA/PDSh	Demokratische Partei der Albaner
DUI/BDI	Demokratische Union für Integration
EU	Europäische Union
FYROM	Frühere Jugoslawische Republik Makedonien
ICG	International Crisis Group
IDSCS	Institute for Democracy „Societas Civilis“ Skopje
IRI	International Republican Institute
LDP	Liberaldemokratische Partei
LP	Libérale Partei
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OSCE/OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDP	Partei für demokratische Prosperität
SDSM	Sozialdemokratischer Bund Makedoniens
UÇK/ONA/NLA	Nationale Befreiungsarmee
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
US(A)	United States (of America)
USAID	United States Agency International Development
VMRO-DPMNE	Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Makedonische Nationale Einheit